

IDA-Leitfadenreihe

Rassismuskritische Öffnung

Das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e.V. (IDA) ist das Dienstleistungszentrum der Jugendverbände im Themenfeld Rassismus- und Antisemitismuskritik. IDA unterstützt und berät Jugendverbände und -ringe kostenlos, rassistische und antisemitische Barrieren zu erkennen, abzubauen und gleiche Zugänge und Teilhabe für alle jungen Menschen zu schaffen.

Dieser Leitfaden ist der zweite Band einer neuen Reihe. IDA möchte damit Wissen und Erfahrungen über rassismus- und antisemitismuskritische Öffnungsprozesse – aus seiner Tätigkeit und aus den Jugendverbänden – für euch bündeln und praktische und anschauliche Anregungen geben, wie ihr euer Verbandsleben rassismus- und antisemitismuskritisch gestalten könnt – auch mit wenig Ressourcen.

Wenn du Lust auf mehr hast und dich noch tiefer mit den Themen der Leitfadenreihe beschäftigen möchtest, schau auf der IDA-Website (www.idaev.de) vorbei. Im Themenbereich „Rassismuskritische Öffnung“ findest du u.a. zwei IDA-Reader zu diesem Thema, ein Erklärvideo und einen Selbstcheck. Darüber hinaus bietet IDA dir viele weitere Handreichungen und Infoflyer zum kostenlosen Download an. Im IDA-Glossar kannst du Erklärtexte zu vielen Fachbegriffen nachlesen. Damit du dich über neue Materialien zur Rassismuskritischen Öffnung auf dem Laufenden halten kannst, hat IDA ein Padlet erstellt, auf dem fortlaufend neue Materialien gesammelt werden und du auch selbst Materialien einstellen kannst. Jetzt aber – viel Spaß beim Lesen!

Das Padlet findet sich unter
www.idaev.de/themen/rassismuskritische-oeffnung.

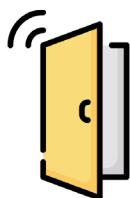


Inhalt

Was dich erwartet	3
Was ist rechte Einflussnahme?	6
Jugendverbandsarbeit gegen Rechts	16
Pädagogischer Umgang mit rechtsoffenen Verbandsmitgliedern	22
Umgang mit gefestigt rechten Verbandsmitgliedern	29
Kommunikationstipps gegen rechte Sprüche	41
Unterwanderung oder Einflussnahme durch rechte Gruppen	44
Umgang mit parteiförmigem Rechtsextremismus	48
Angriffe rechter Personen und Gruppen auf Jugendverbände	56
Und jetzt? Seid ihr gefragt!	60
Zum Weiterlesen: Padlet auf der IDA-Website	61
Quellen	61

Was dich erwartet

Mit diesem Leitfaden möchten wir euch dafür sensibilisieren, mit welchen Strategien rechte Einzelpersonen oder Gruppen versuchen, Einfluss auf Jugendverbände zu nehmen und diese zu unterwandern, und mit welchen Risiken das verbunden ist. Außerdem möchten wir euch beim Umgang damit unterstützen. Rechte Personen oder Gruppen, die sich mit Vorurteilen, Hass, Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und ggf. sogar mit Gewalt gegen Minderheiten oder als nicht-deutsch wahrgenommene Menschen richten, sind eine Bedrohung für die Demokratie allgemein und für die Jugendverbandsarbeit ganz besonders. Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus können sowohl von außen an Verbände herangetragen als auch innerhalb von Verbänden sichtbar werden.



Aber was hat Einflussnahme von Rechts eigentlich mit dem Thema der Leitfadenreihe „Rassismuskritische Öffnung“ zu tun? Wenn Jugendverbände sich für die vielfältige Migrationsgesellschaft in Deutschland öffnen, müssen sie ihren Mitgliedern und Teilnehmenden Schutz vor Rassismus und Diskriminierung bieten. Dieser Schutz gehört zu einer verantwortungsvollen rassismuskritischen Öffnung untrennbar dazu (siehe Band 1). Rassismus und Diskriminierung sind zentrale Teile der rechtsextremen Ideologie. Daher ist auch der Umgang mit Rechtsextremismus, wie z. B. in Form einer rechten Einflussnahme auf die Jugendverbandsarbeit, ein wichtiges Thema im Rahmen von rassismuskritischen Öffnungsprozessen.

In diesem Leitfaden wird auch der Umgang mit (ggf. organisierten) Angriffen auf Jugendverbände und -gruppen von Rechts thematisiert. Denn wenn bewusste Öffnungsprozesse von Verbänden öffentlich sichtbar werden und Verbände sich öffentlich zu Werten der Vielfalt und Solidarität mit Minderheiten bekennen, kann dies bereits Anfeindungen von extrem rechten Personen und Gruppen auslösen oder innerverbandlich auf Widerstand oder Zurückhaltung stoßen. Es kann sogar dazu führen, dass rechte Orientierungen

langjähriger Mitglieder erstmals sichtbar werden. Ebenso ist denkbar, dass rechtspopulistische Parteien die Auseinandersetzung mit dem Thema aufgreifen und einem Verband, der sich zielgerichtet für Vielfalt öffnet und rassistischkritisch in Erscheinung tritt, „Linksextremismus“ oder fehlende Neutralität vorwerfen.



Dennoch und gerade deswegen ist die Rassismuskritische Öffnung (RKÖ) so wichtig, um marginalisierten Gruppen in der Gesellschaft deutlich zu signalisieren, dass sie im Verband willkommen sind – auch bei gesellschaftlichem Gegenwind. Eine Offenheit für Vielfalt ist eine positive Aussage, mit der ein Verband oder Verein zunächst niemanden angreift und gleichzeitig ein Signal an marginalisierte Gruppen sendet. Dennoch kann schon das Signalisieren von Offenheit für Vielfalt nach außen als (vermeintlich) linkes Weltbild wahrgenommen und unter Ideologie- oder einseitigen Parteilichkeitsverdacht gestellt werden. Gerade weil diese Auseinandersetzung polarisiert und öffentlich stattfindet, ist aber eine Positionierung der Verbände für Vielfalt so wichtig. Mitglieder marginalisierter Gruppen sind nicht überall (in der Jugendarbeit) willkommen und daher ist eine Betonung der eigenen Offenheit sinnvoll und notwendig. Dies kann verbal, aber auch durch Bildsprache oder praktisches Handeln geschehen, sollte aber nach außen möglichst deutlich sichtbar werden. Diese Offenheit auch gegen Einflussnahme und Anfeindungen von rechts zu verteidigen und rechten Einflussstrategien vorzubeugen, betrachten wir als Teil von RKÖ. Denn dabei geht es um den Schutz vor Diskriminierung, vor Rassismus und Antisemitismus.

Im Folgenden geben wir Tipps und Strategien im Umgang mit Versuchen von Rechts, in Jugendverbänden Fuß zu fassen oder Einfluss auf eure Arbeit zu nehmen. So erläutern wir, wie ihr mit rechten Tendenzen von Mitgliedern pädagogisch umgeht, wie die Aufnahme rechter Mitglieder verhindert oder rechtsoffene Mitglieder ausgeschlossen werden können und welche Vorsorgemaßnahmen dafür sinnvoll sind – etwa in Bezug auf eure Satzung und Positionierungen eures Verbandes.

Dann haben wir Kommunikationstipps gegen rechte Sprüche zusammengestellt. Abschließend geben wir euch Tipps zum Umgang mit rechten Parteien, etwa wenn ihr von ihnen unter Druck gesetzt werdet, eure Arbeit angegriffen wird oder wenn ihr nach klaren Positionierungen gegen Rechts plötzlich mit einem vermeintlichen Neutralitätsgebot konfrontiert werdet. Im Anhang schließlich findet ihr Materialtipps und Links zur weiteren Auseinandersetzung mit dem Thema.



Was meinen wir mit „Rechts“?

Rechts steht kurz für Rechtsextremismus, Rechtspopulismus oder die Extreme Rechte. Weitere verwendete Begriffe sind Rechtsradikalismus, Rechtsterrorismus, Rechtsruck oder Neue Rechte.

„Rechts“ ist ein Sammelbegriff für Vorstellungen, die gegen die Gleichwertigkeit der Menschen von einem Recht des Stärkeren ausgehen und die Menschenwürde von Minderheiten und Schwächeren nicht anerkennen. Der Begriff hat sich in Wendungen wie „Demo gegen Rechts“ oder „Engagement gegen Rechts“ eingebürgert, zumal die Definitionen und Abgrenzungen der oben genannten Begriffe durchaus umstritten sind.

Gelegentlich umstritten ist allerdings auch der Begriff „gegen Rechts“, da er auch so verstanden werden kann, dass alle sich nicht links verortenden Menschen gleich als rechts angesehen werden. Allerdings verstehen sich beispielsweise die CDU/CSU und FDP zwar eindeutig als nicht linke Parteien, bezeichnen sich aber selbst als Parteien der Mitte und nicht als rechte Parteien. Somit erscheint der Begriff als griffige Kurzform geeignet, um die genannten Phänomene alltagssprachlich zu erfassen. Dennoch darf auch hier der Hinweis nicht fehlen, dass rechtsextremes Gedankengut und rechtspopulistische Überzeugungen auch in der sogenannten Mitte der Gesellschaft stark verbreitet sind, also unter Menschen, die sich selbst nicht als rechts einordnen würden.

Was ist rechte Einflussnahme?

In diesem Leitfaden fassen wir unter dem Thema rechte Einflussnahme die folgenden drei Phänomenbereiche zusammen, die wir jeweils mit einzelnen Beispielen erläutern:



Klassische Unterwanderung eines Verbands von außen

Mit der Bezeichnung „klassische Unterwanderung“ sind Situationen gemeint, in denen Personen mit gefestigter rechter Haltung versuchen, bestehende Strukturen von Jugendverbänden für ihre politischen Zwecke zu missbrauchen, indem sie z.B. sich engagieren und Macht gewinnen. Einige Beispiele:



- Neue melden sich als Ehrenamtliche und sind interessiert an der Übernahme von Verantwortung. Vielleicht interessieren sie sich für Aufgaben, für die gerade dringend jemand gesucht wird oder die als unattraktiv gelten. Möglicherweise machen sie sich unentbehrlich für die Arbeit. Dann fallen sie aber beispielsweise durch rassistische Sprüche auf oder grenzen queere junge Menschen aus.
- Rechte Personen treten dem Verband bei, um den Einfluss ihrer Ideologie in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen zu stärken und so mehr Sichtbarkeit zu erlangen.
- Eine Gruppe oder Clique möchte dem Verband beitreten. Es wird erst später deutlich, dass sie versuchen, im Verband Posten einzunehmen, um diskriminierende und minderheitenfeindliche Positionen zu verbreiten.
- Ein neuer Teamer, der auf viele junge Menschen sehr sympathisch wirkt, beginnt auf einer Freizeit bei abendlichen Gesprächen für eine extrem rechte Partei zu werben.

2

Rechte Haltungen oder Aussagen von Verbandsmitgliedern

Neben der Unterwanderung durch rechte Personen von außerhalb des Verbandes können auch schon (lange) engagierte und eingebundene Verbandsmitglieder beginnen, mit rechten Positionen zu sympathisieren oder sich zu radikalisieren, und so rechten Einfluss in einen Verband bringen. Einige Beispiele:

- Eine langjährige verdiente Ehrenamtliche hat sich in der Corona-Zeit politisch nach rechts orientiert, macht plötzlich Migrant:innen für alle Missstände verantwortlich und schimpft ganz allgemein auf die „Versager in der Politik“.
- In der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus werden rassistische oder diskriminierende Einstellungen langjähriger Teamer:innen sichtbar.
- Ein jugendliches Verbandsmitglied berichtet interessiert von TikTok-Videos, die es schaut. Der Inhalt sind u.a. antisemitische Verschwörungserzählungen und rassistische Aussagen, denen der Jugendliche scheinbar glaubt und zustimmt.



3

Angriffe und Einflussnahme auf Jugendverbände durch rechte Organisationen von außen

Der dritte Bereich der rechten Einflussnahme sind rechte Personen und Organisationen außerhalb der Jugendverbände. Sie setzen die Jugendverbandsarbeit unter Druck und greifen sie (strukturell oder handgreiflich) an. Einige Beispiele:



- Eine rechtsextreme Partei fordert, euch die Mittel zu entziehen, weil ihr nicht parteipolitisch neutral seid und beispielsweise eure Mitglieder vor der Wahl der Partei warnt.
- Auf kritische Hinweise einer rechten Partei möchte auch eine konservative Partei die Mittelvergabe für vermeintlich linke Jugendprojekte kürzen.
- Eine rechte Partei bietet eurem Verein an, das Vereinsheim neu zu streichen, das dringend einen Anstrich vertragen könnte.
- Euer Jugendverband macht eine Social-Media-Kampagne gegen Rassismus. Die Videos werden von rechtsextremen Influencer:innen geteilt und deren Follower:innen dazu aufgefordert, die Posts des Verbandes mit rechten Kommentaren zu fluten.
- Eine lokale Neonazi-Gruppe hat das Jugendzentrum eures Verbandes angegriffen. Es wurden Steine in die Fenster mit Black-Lives-Matter-Banner geworfen.
- Es gibt Orte, Stadtteile oder Regionen, in denen Rechtssein zunehmend normal ist oder wird, ggf. auch als vorherrschende jugendkulturelle Prägung. Auch dies kann Jugendverbände und ihre Mitglieder von außen unter Druck setzen.



Was bedeutet Rechtsextremismus?

Eine einheitliche Definition des Rechtsextremismus gibt es nicht, da in großen Teilen der Wissenschaft etwas anderes unter dem Begriff verstanden wird als in der amtlichen Definition der Verfassungsschutz- und Sicherheitsbehörden. Zumindest darauf, dass eine Ideologie der Ungleichheit bzw. Ungleichwertigkeit und Gewaltorientierung feste Bestandteile des Rechtsextremismus sind, können sich die allermeisten Wissenschaftler:innen aber einig.

Im Zentrum rechtsextremer Ideologien steht der (unausgesprochene) Glaube an eine „natürliche“ Ordnung. Dementsprechend werden Menschen anhand von konstruierten, also irgendwann erfundenen „Rassen“ oder „Völkern“ in „natürliche“, unabänderliche Gruppen eingeteilt. Durch den Ausschluss von allen, die „von Natur aus“ nicht zur Gruppe gehören, soll das Ziel erreicht werden, dass diese ethnisch einheitlich gedachten Völker in „ihren“ Regionen getrennt voneinander leben.

Indem rechtsextreme Argumentationen der „Volksgemeinschaft“ eine vorrangige Stellung gegenüber dem Individuum zuschreiben, widersprechen sie den Grundlagen der liberalen Demokratie, die sich am freien, gleichen und selbstbestimmten Individuum orientiert. In der „natürlichen“ Gemeinschaft kommt somit in der rechtsextremen Vorstellung jedem Individuum ein „natürlicher“ Platz zu, in den es sich einfügen muss. Daraus folgt z.B. auch der Glaube an eine „natürliche“ und zweigeteilte (binäre) Geschlechterordnung. In dieser sind Frauen Männern untergeordnet und für den Erhalt des „Volks“ durch Gebären und Kindererziehung zuständig.



Was ist Rechtspopulismus?

Der Rechtspopulismus bildet die derzeit weltweit am häufigsten auftretende Form von Populismus. Wie jeder Populismus zeichnet er sich durch ein zweiseitiges (dualistisches) Weltbild (Freund/Feind; „Elite“/„die da unten“) aus. Er unterscheidet sich aber beispielsweise vom Linkspopulismus, da er versucht soziale Konflikte auf eine rassistische Ebene („wir“/„Fremde“) zu bringen. Die Schuld für gesellschaftliche Krisen suchen Rechtspopulist:innen demnach bei BIPOC*, Migrant:innen, Geflüchteten und Juden:Jüdinnen. Ironischerweise behaupten Rechtspopulist:innen von sich demokratieliebend zu sein, lehnen andere politische Meinungen, wie z.B. Diskriminierungskritik und Solidarität mit Minderheiten allerdings strikt ab. Da Rechtsextreme sich auf politischer Ebene häufig des Rechtspopulismus als Strategie bedienen, werden die beiden Begriffe nicht selten zusammen genannt oder synonym verwendet. In Deutschland ist derzeit die Alternative für Deutschland (AfD) die führende rechtspopulistische bzw. rechtsextreme Partei – in diesem Kontext wird häufig der Begriff „partei-förmiger Rechtspopulismus bzw. Rechtsextremismus“ verwendet.



Was bedeutet BIPOC*?

BIPOC* steht für „Black, Indigenous, Person of Color“ und dient als Selbstbezeichnung für Menschen mit Rassismuserfahrungen. Der Asterisk (*) signalisiert Offenheit, indem er auf jene Menschen verweist, die sich nicht vollständig mit den Begriffen dieser Abkürzung identifizieren, jedoch ähnliche Diskriminierungserfahrungen teilen.

Warum betrifft rechte Einflussnahme Jugendverbände?



- Rechte Personen und Gruppen geben möglicherweise auch in Jugendverbänden und Jugendgruppen diskriminierende Einstellungen weiter – möglicherweise zunächst unter dem Radar.
- Ihr habt als Verantwortliche in einem Jugendverband einen Schutzauftrag für junge Menschen, die von Rassismus, Antisemitismus und Queerfeindlichkeit sowie weiteren Formen von Diskriminierung betroffen sein können. Vielleicht seid ihr ein Verein, der von Menschen mit Einwanderungsgeschichte gegründet oder geprägt ist oder viele von ihnen zu ihren Mitgliedern zählt. Oder ihr wollt eure Offenheit für die vielfältige Migrationsgesellschaft in Deutschland auch nach außen deutlich machen. Dann passen rechte Positionen und Personen nicht zu euch.
- Der Bildungsauftrag für die Jugendarbeit im Sozialgesetzbuch (SGB VIII) lautet, junge Menschen in ihrer Entwicklung zu einer selbstbestimmten, eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit zu fördern. Dies widerspricht dem rechten Menschenbild.
- Rechte würden, wenn sie politische Mehrheiten gewinnen, die Unabhängigkeit und die Freiheiten von Jugendverbänden einschränken, v.a. wenn Jugendverbände nicht ihrer Meinung sind. Das wäre das Ende einer autonomen und vielfältigen Jugendverbandsarbeit.
- Euer Image in der Stadtgesellschaft oder Dorfgemeinschaft kann leiden, wenn ihr euch rechtsoffen gebt, also mit rechten Gruppen zusammenarbeitet oder euch nicht von Rechtsextremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit distanziert.

Warum ist es wichtig, sich vor einer Einflussnahme von Rechts zu schützen?

- Marginalisierte Menschen, also Menschen, die Rassismus und Diskriminierung befürchten müssen, benötigen sichere Orte, an denen sie Gemeinschaft und Zugehörigkeit erleben, sich einbringen und engagieren können. Jugendverbände sollten solche Orte sein.
- Rassismuskritische Öffnung bedeutet auch, sich bewusst und sichtbar gegen Rassismus und Diskriminierung auszusprechen, damit ihr als Verband mit eurem Profil erkennbar werdet.
- Vielleicht ist bei euch vor Ort eine rechte Partei auf dem Weg zum Mainstream und immer mehr Menschen bekennen sich auch offen zu ihr. Auch und gerade dann suchen Menschen nach Orten, an denen sie sich sicher vor rechten Sprüchen und vor einer gewaltvollen und negativen Stimmung fühlen.
- Viele Menschen suchen in Vereinen nach einem friedlichen Miteinander, nach Freundschaft und Solidarität in Vielfalt – das entspricht nicht dem rechten Menschenbild.
- Rechte Personen und Gruppen versuchen Einfluss zu gewinnen, indem sie strategisch Macht in zivilgesellschaftlichen Organisationen wie Jugendverbänden übernehmen. Solche Versuche der Einflussnahme zu erkennen und sich dagegen zu wehren, sichert die Werte und Eigenständigkeit von Verbänden.



Wenn Rechte vor Ort die Vorherrschaft übernommen haben

Es kann sein, dass ihr vor Ort als nicht-rechter Jugendverband oder als nicht-rechte junge Menschen unter Druck geratet, da rechte Positionen Normalität geworden sind und sich kaum noch jemand daran stört. In solchen Situationen können Jugendverbände womöglich nicht mehr auf Unterstützung aus Verwaltung, Stadtgesellschaft bzw. Dorfgemeinschaft oder aus der Zivilgesellschaft hoffen. Es kann also sein, dass ihr gefühlt oder tatsächlich in einer Einzelkämpferposition seid, in der ihr und eure Arbeit noch zusätzlich angegriffen werdet.

Hinzukommen kann, dass Rechte sich mit vorgeschobenen positiven Themen wie Umweltschutz, Freiheit oder Heimatpflege darstellen und einbringen und euch vielleicht sogar argumentativ als diejenigen in die Ecke zu stellen versuchen, die gegen Freiheit oder die lokale Gemeinschaft agieren.

Was könnt ihr tun, wenn rechts sein normal wird?

- Informiert euch über die rechten Akteur:innen in eurem Umfeld sowie ihre Positionen, ihre Vernetzung, ihre Argumentationsweise und ihre Art, wie sie Probleme vor Ort für ihre politische Positionierung instrumentalisieren.
- Nutzt die Erkenntnisse für eine bewusste und strategische kritische Einordnung rechter Positionen – das erreicht oft auch Personen, die auf emotionale Empörung nicht positiv reagieren.
- Weist die Öffentlichkeit, aber auch Politik und Verwaltung darauf hin, dass die Demokratie des Grundgesetzes nur funktionieren kann, wenn alle Menschen als gleichwertig angesehen werden. Dem widersprechen Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und Queerfeindlichkeit.



- Vernetzt euch breit mit anderen nicht-rechten Akteur:innen der Zivilgesellschaft. Das wird schwieriger, je stärker diese selbst mit Personen mit rechten Haltungen durchsetzt sind oder aufgrund der angespannten Situation vor Ort ohnehin eher „unpolitisch“ auftreten möchten.
- Macht daher deutlich: In dieser Situation sind Nichtstun und vermeintliche Neutralität auch politische Handlungsweisen, die die Gesamtsituation beeinflussen, indem rechte Positionen unwidersprochen bleiben.

Wenn in unseren Workshops rechte Äußerungen fallen, ist uns als FARN wichtig, Haltung zu zeigen und deutlich zu machen: Solche Positionen müssen hinterfragt werden und haben keinen Platz. Gleichzeitig achten wir auf die Sicherheit aller Beteiligten und suchen den Schulterschluss mit denjenigen, die betroffen sind oder ausgegrenzt werden.

Florian Teller von FARN – Fachstelle Radikalisierungsprävention im Naturschutz



Auch wenn es mühsam wirkt und viel Überzeugungsarbeit nötig sein kann, ist eine Vernetzung mit Vertreter:innen von Parteien, Unternehmen, Gewerkschaften, Sportvereinen und weiteren untereinander sinnvoll und notwendig, um das Klima und die Regeln vor Ort nicht den Rechten zu überlassen und Mut machende Gegensignale auszusenden.



Demokratie muss auch im Alltag und im Internet verteidigt werden. Das erfordert Widerspruch gegen Fake News bzw. Desinformation und Hate Speech. Es erfordert eine Einforderung der Menschenrechte und der Grundrechte vor Ort. Eine öffentliche Positionierung wird die Rechten nicht überzeugen, aber sie sendet deutliche Signale an Betroffene, dass sie nicht allein sind. Widerspruch wirkt auch auf zunächst Unbeteiligte oder von der Schärfe der Auseinandersetzung oder des Sprachgebrauchs überforderte Dritte und trägt im

besten Fall zu ihrer Meinungsbildung und Solidarisierung bei. So können Uninformierte, Unentschlossene und Menschen, die das Problem (noch) nicht sehen, für den Einsatz gegen Rechts gewonnen werden.



Was sind Desinformation, Fake News und Hate Speech?

Desinfor- mation/ Fake News

Desinformation oder Fake News sind gezielt verbreitete Informationen, die nicht der Wahrheit entsprechen. Ziel der Verbreitung ist es, Menschen zu beeinflussen und damit anderen Personen oder Institutionen zu schaden.

Hate Speech

Hate Speech (auch Hassrede) bezeichnet beleidigende, erniedrigende und häufig diskriminierende Kommentare und Beiträge beispielsweise in Sozialen Medien oder Gruppenchats. Der Hass richtet sich häufig gegen BIPOC*, Juden:Jüdinnen und andere Minderheiten.



Schließlich kann eine positive Vision zum Zusammenleben in der Stadtgesellschaft oder Dorfgemeinschaft ein positives und nicht nur gegen Rechts gerichtetes Signal setzen, wie Demokratie vor Ort gelebt und erfahrbar werden kann.

Jugendverbandsarbeit gegen Rechts

Satzung, Werte und Beschlüsse nutzen

Die THW-Jugend fördert die vorurteilsfreie Begegnung aller Menschen, unabhängig ihrer Herkunft, Nationalität, ethnischer Zugehörigkeit, Religion, Weltanschauung, ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Orientierung oder Behinderung. Die THW-Jugend wendet sich explizit gegen Rassismus und Diskriminierung, insbesondere gegen antidemokratische, antiziganistische und antisemitische Tendenzen.

Aus der Bundessatzung der THW-Jugend (THW = Technisches Hilfswerk), Stand 2024

Viele Jugendverbände signalisieren in ihrer Selbstdarstellung oder in ihrer Satzung ihre Offenheit für alle jungen Menschen. Dies ist inklusiv gemeint, soll also einladend wirken und deutlich machen, dass Vielfalt willkommen ist und Diskriminierung abgelehnt wird. Daraus darf aber nicht abgeleitet werden, dass sie alle jungen Menschen aufnehmen oder alle Teamenden einsetzen müssen. Denn Jugendverbände können – gerade zur Absicherung ihrer Vielfalt und Offenheit – auch Grenzen ihrer Offenheit und Toleranz benennen und diese auch aktiv nach außen kommunizieren. Sie müssen weder rechten Parteien eine Bühne bieten noch müssen sie Angehörige aller Parteien oder die Parteien selbst gleichbehandeln.

Jegliche Zusammenarbeit mit Parteien, welche im Widerspruch zu den Grundsätzen und Bildungszielen der JDAV stehen, welche als gesichert rechtsextrem gelten oder als ein solcher Verdachtsfall geführt werden, schließen wir zweifelsfrei aus. Menschen, [...] welche sich rechtspopulistisch und demokratiefeindlich äußern, haben bei unseren Aktivitäten keinen Platz.

Aus einem Positionspapier der Jugend des Deutschen Alpenvereins, 2024



Nach innen – für die eigenen Mitglieder – ist es oft sinnvoller und wirkungsvoller, die Ablehnung von Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung aus der eigenen Satzung, den eigenen Grundsätzen oder Leitlinien oder eigenen Beschlüssen und Positionen herzuleiten. Dann ist sie aus der Logik des eigenen Verbandes und seiner Grundwerte hergeleitet und demokratisch legitimiert. Das kann die Argumentation vor Ort in der konkreten Auseinandersetzung sehr erleichtern.

Viele Jugendverbände formulieren in ihren Satzungen oder Beschlüssen relevante Haltungen, die sich direkt oder indirekt gegen Rechtsextremismus richten und auf die sie sich berufen können. Hier ein paar weitere Beispiele zur Inspiration:

Nazis die Zähne zeigen! Wir stellen uns gegen rassistisches und faschistisches Gedankengut, ob in den Parlamenten oder auf der Straße, am rechten Rand und in der Mitte der Gesellschaft. Nein zu Antisemitismus! Wir setzen uns gegen Antisemitismus in unserer Gesellschaft ein.

Aus dem Selbstverständnis der Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken, 2011

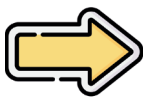
Die Arbeiter-Samariter-Jugend fordert von allen ihr angehörenden Personen die Anerkennung der Menschenrechte, das Bekenntnis zum freiheitlichen Staat demokratischer Ordnung und die Bereitschaft, die sich daraus ergebenden staatsbürgerlichen Pflichten zu erfüllen.

Aus der Jugendordnung der Arbeiter-Samariter-Jugend, Stand 2022

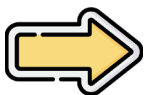
Als Pfadfinder:innen verstehen sich die Mitglieder der DPSG als Freund:innen aller Menschen. Sie sind tolerant und offen gegenüber anderen Kulturen, Nationen und Religionen, Menschen jeden Geschlechts, mit und ohne Behinderung und unterschiedlicher sexueller Orientierungen. Menschen mit anderen Lebensentwürfen erfahren sie als Bereicherung für die eigene Lebensgestaltung.

Aus der Ordnung der Deutschen Pfadfinder*innenschaft Sankt Georg, Stand 2023

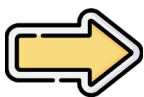
Besondere Vorgaben für Jugendverbände



Jugendverbände haben einen Schutzauftrag gegenüber ihren (vor allem) jüngeren Mitgliedern und Teilnehmenden, aber grundsätzlich auch gegenüber allen jungen Menschen unter 27 Jahren. Sie sollten sie vor Hass und Diskriminierung schützen. Gerade auf Social Media sind junge Menschen überall mit Hass und Hetze konfrontiert. Daher geht es um Gegenerfahrungen in Räumen mit möglichst wenig Rassismus und Diskriminierung.



In der Jugendverbandsarbeit werden zunehmend Schutzkonzepte zur Prävention sexualisierter Gewalt zur Pflicht. Es empfiehlt sich, diese Konzepte von vornherein intersektional, also themenübergreifend zu gestalten. Das bedeutet, nach Möglichkeit auch den Schutz vor Gewalt in Form von Rassismus und Diskriminierung in die Schutzkonzepte zu integrieren. Dies trägt auch dem Umstand Rechnung, dass Menschen, die von Rassismus bedroht sind, häufig leichter Opfer sexualisierter Gewalt werden.



In §11 Absatz 1 SGB VIII (achtes Sozialgesetzbuch) wird die inklusive Befähigung junger Menschen zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zu sozialem Engagement als Pflichtaufgabe der Jugendarbeit beschrieben. Schon diese grundlegende Aufgabenbeschreibung ist nicht mit einer extrem rechten Ausrichtung vereinbar.

Jungen Menschen sind die zur Förderung ihrer Entwicklung erforderlichen Angebote der Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen. Sie sollen an den Interessen junger Menschen anknüpfen und von ihnen mitbestimmt und mitgestaltet werden, sie zur Selbstbestimmung befähigen und zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zu sozialem Engagement anregen und hinführen. Dabei sollen die Zugänglichkeit und Nutzbarkeit der Angebote für junge Menschen mit Behinderungen sichergestellt werden.

§ 11 Absatz 1 SGB VIII

Es gibt kein Neutralitätsgebot in der Jugendverbandsarbeit

Viele Vereine haben die parteipolitische Neutralität in ihrer Satzung verankert – schon aus Gründen der Gemeinnützigkeit. Das ist im Normalfall auch gut so und macht euch keinesfalls handlungsunfähig im kritischen Umgang mit rechten Parteien.

Rechte Parteien argumentieren nicht selten mit einem vermeintlichen Neutralitätsgebot, das für Jugendverbände gelten soll, nur weil sie auch staatliche Zuwendungen erhalten, oder das für Jugendringe gelten soll, da sie ja alle Kinder und Jugendlichen vertreten sollen. Auch Verwaltungen argumentieren aus unterschiedlichen Gründen manchmal so.

Ein solches Neutralitätsgebot für die Jugendverbandsarbeit gibt es nicht. Im Gegenteil wird gerade eine Vielzahl unterschiedlicher Jugendverbände gefördert, damit unterschiedliche Positionierungen und Themenschwerpunkte möglich sind und sich junge Menschen zwischen vielfältigen Angeboten einer bunten Jugendverbandslandschaft entscheiden können. Jugendringe als Zusammenschlüsse verschiedener Jugendverbände bündeln die gemeinsamen Interessen junger Menschen aus ihren Mitgliedsstrukturen, häufig im breiten Konsens, gelegentlich auch in Form knapper Mehrheitsentscheidungen. Selbstverständlich können Jugendringe diese demokratisch gefassten Beschlüsse und Positionen jugendpolitisch nach außen tragen, offensiv vertreten und in ihren pädagogischen Angeboten umsetzen – dafür wurden sie gegründet und dafür werden sie gefördert.



In dieser Haltung werden Jugendverbände und Jugendringe übrigens von den Jugendminister:innen des Bundes und der Länder gestärkt: Die Jugend- und Familienministerkonferenz (JFMK) hat im Mai 2025 in Hamburg den Beschluss „Jugendarbeit stärken – Für einen demokratischen Diskurs“ gefasst. Darin heißt es:

Aus Sicht der JFMK ist ein sogenanntes Neutralitätsgebot verfassungsrechtlich nicht normiert.

Das Grundgesetz verpflichtet Jugendverbände also nicht dazu, parteipolitisch neutral zu sein. Das demokratische Engagement junger Menschen steht deshalb nicht im Widerspruch zu einer Förderung aus öffentlichen Mitteln. Im Gegenteil: Jugendarbeit ist politisch – und darf es auch sein. Deswegen dürfen Jugendverbände selbst entscheiden, welche Parteien sie einladen oder in ihren Publikationen erwähnen. Denn:

Freie Träger der Jugendarbeit sind Grundrechtsträger [...]. Ihnen steht ein weiter Spielraum in Bezug auf politische Positionierung zu.

Der Beschluss der JFMK verdeutlicht, dass Jugendarbeit wertegebunden und daher in jedem Jugendverband anders gestaltet wird und schon deswegen nicht neutral ist. Jugendarbeit basiert auf den Grundrechten und umfasst somit Offenheit, Vielfalt und auch Kontroversität sowie das entschiedene Eintreten gegen Positionen, die gegen Menschenwürde und Demokratie gerichtet sind. Forderungen nach Neutralität dürfen demokratische Jugendarbeit aus Sicht der JFMK nicht gefährden.



Der Beschluss der Jugend- und Familienministerkonferenz (JFMK) im Wortlaut findet sich im Padlet.



Der Deutsche Bundesjugendring hat 2025 eine Handreichung „Mythos Neutralitätsgebot“ herausgegeben. Sie befindet sich ebenfalls im Padlet.



Dort ist auch das punktum-Sonderheft „Haltung statt Neutralität! – Zum Umgang mit rechtsextremen Anfeindungen in der Jugendverbandsarbeit“ des Landesjugendrings Hamburg in Kooperation mit dem Bundesverband Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus und dem Deutschen Bundesjugendring zu finden.

Pädagogischer Umgang mit rechtsoffenen Verbandmitgliedern

Im Bereich des Umgangs mit rechten Haltungen oder Aussagen von Verbandmitgliedern lassen sich zwei Gruppen grob unterscheiden (auch wenn die Übergänge fließend sind):

1

Personen, die rechtsoffen sind, also mit rechten Haltungen sympathisieren und sich ihnen annähern, aber kein gefestigt rechtes Weltbild haben, und

2

Personen, die ein gefestigt rechtes Weltbild haben.

Der empfohlene Umgang mit diesen Personengruppen ist unterschiedlich und deswegen in diesem Leitfaden auf zwei Kapitel aufgeteilt. Die Übersicht auf [Seite 30](#) unterstützt dich dabei einzuschätzen, wie eine Person ideologisch einzuordnen ist.

Junge Menschen sind in der Entwicklung ihrer eigenen politischen Haltung und Meinung nicht immer gradlinig unterwegs. Sie probieren vielleicht einmal Positionen aus, provozieren, nur um zu provozieren, oder übernehmen Sprüche von Anderen, um lustig oder cool zu wirken, ohne die menschenfeindlichen Anteile bewusst zu reflektieren. Dies ist zwar keine Rechtfertigung für rechte Sprüche, Ausgrenzung oder gar körperliche Gewalt. Es ist aber ein Hinweis darauf, dass gerade bei Kindern und Jugendlichen intensive Gespräche oder pädagogische Ansätze vor Verboten, Ausschlüssen oder Verweisen stehen sollten, zumindest so lange rechte Haltungen noch nicht gefestigt sind.

Um bei rechtsoffenen Personen eine rechte Radikalisierung zu verhindern, ist es wichtig, das vorhandene Vertrauensverhältnis zu nutzen und auf der Beziehungsebene im Gespräch zu bleiben. So kann der vorhandene Einfluss eines

Jugendverbands auf einen jungen Menschen genutzt werden, um der Orientierung nach Rechts etwas entgegenzusetzen. Miteinander im Gespräch zu bleiben und z.B. weitere Angebote zu besuchen ist aber nur möglich, wenn sich Gruppenleiter:innen und pädagogische Fachkräfte – oder sogar die ganze Gruppe – in einer grundsätzlichen demokratischen Werteorientierung einig sind.

Grundsätze für die pädagogische Prävention und Intervention



Nach: Verein für die Demokratische Kultur in Berlin e.V. (VDK) und Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR) (Hrsg.) (2016)

Für den pädagogischen Umgang mit Rechtsextremismus als Verbandsgruppe ist es notwendig, ein Mindestmaß an gemeinsamer Haltung zu tragen und zu teilen. Diese gemeinsamen Grundwerte leiten die pädagogische Arbeit und unterstützen dabei, sich in der Auseinandersetzung mit Jugendlichen, die mit rechten Positionen sympathisieren oder diese teilen, an demokratischen Grundwerten und den Werten des Verbandes zu orientieren.

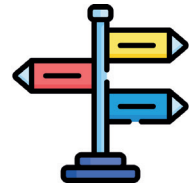
- Anerkennung der Würde aller Menschen
- Anerkennung der Gleichwertigkeit aller Menschen
- Eintreten für Demokratie und Menschenrechte
- Bekenntnis zur Gewaltfreiheit
- Bekenntnis zum Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit

Wenn diese Grundsätze gewahrt bleiben, dann ist es grundsätzlich möglich, mit rechtsoffenen jungen Menschen im Gespräch zu bleiben und sie an Verbandsveranstaltungen weiter teilnehmen zu lassen, ohne z.B. den allgemeinen Schutzauftrag gegenüber anderen Kindern und Jugendlichen im Verband zu vernachlässigen.



Ziele des pädagogischen Umgangs mit rechtsoffenen Jugendlichen

Diese Orientierungspunkte wurden spezifisch für die pädagogische Arbeit mit rechtsoffenen Jugendlichen entwickelt, aber lassen sich gut auf den Kontext der Jugendverbandsarbeit übertragen.



Ihr schätzt Jugendliche und die Intensität ihrer Einbindung in rechte Erlebniswelten realistisch und differenziert ein.



Ihr verhindert (im möglichen Rahmen), dass die Jugendlichen weiter durch rechtsextreme Medien oder Personen beeinflusst werden.



Ihr vermittelt Kenntnisse und Erfahrungen, die die Jugendlichen unterstützen, rechtsextreme Orientierungen als (selbst)schädigend zu erkennen und sich zu distanzieren.



Ihr unterstützt Jugendliche bei der Entwicklung einer an demokratischen Grundwerten orientierten Persönlichkeit.



Ihr etabliert eine tragfähige professionelle Beziehung miteinander (oder behaltet sie bei), indem ihr ehrliches Interesse an den Sichtweisen der Jugendlichen zeigt, ohne mit diesen einverstanden sein zu müssen.



Erlebniswelt Rechtsextremismus

Zeitgenössische extrem rechte Akteur:innen schaffen zunehmend differenzierte Angebote, die gezielt Freizeit, Unterhaltung und politische Botschaften (besonders Rassismus und mindestens die Verharmlosung des Nationalsozialismus) miteinander verbinden. Sie machen Menschenverachtung zu einem Erlebnis, das z.B. jugendliche Bedürfnisse nach Abgrenzung, Provokation, Orientierung und Identität bedient. Damit sollen Jugendliche gezielt in ihrem Alltag angesprochen und ideologische Überzeugungen vermittelt werden. Dadurch werden sie dann immer enger an extrem rechte Szenen gebunden.

Eines der Ziele des pädagogischen Umgangs mit rechts-offenen Verbandsmitgliedern ist, mit Blick auf Gespräche und das Umfeld der Jugendlichen einzuschätzen, wie ausgeprägt deren rechte Haltung und Aktivitäten sind. Als Hilfestellung für so eine Einschätzung gibt es Fragelisten und Kriterien-raster. Ein Beispiel findet ihr in der Handreichung der MBR Berlin (2016) im Padlet unter www.idaev.de/themen/rassismuskritische-oeffnung.



Beispiel aus der Praxis

Ein 15-jähriger Pfadfinder zeigt auf dem Sommerlager einen Hitlergruß. Die Leitenden suchen zuerst mit ihm das Gespräch. Dabei kommen sie zu der Einschätzung, dass er nicht aus politischer Überzeugung NS-verherrlichend gehandelt hat, sondern vor allem provozieren wollte. Der Jugendliche wird auf das gesetzliche Verbot und die Lagerregeln hingewiesen und ihm wird deutlich gemacht, dass ein erneuter Verstoß seine Abreise bedeutet. Im Anschluss wird der Vorfall noch mit der gesamten Gruppe kritisch besprochen. Der Jugendliche bereut seine Tat und benimmt sich den Rest des Lagers vorbildlich.

Praktische pädagogische Maßnahmen

Diese Sammlung an praktischen pädagogischen Handlungsempfehlungen kann euch im Umgang mit rechtsoffenen Verbandsmitgliedern helfen.

Prävention

- Setzt politische Bildung als selbstverständlichen Teil eurer Jugendarbeit um. Das kann z.B. geschehen, indem ihr lokal vor Ort aktiv werdet oder mit eurer Gruppe regelmäßig über politische Themen redet.
- Lasst die Jugendlichen mitbestimmen – das stärkt ihre Selbstwirksamkeit und ermöglicht ihnen, ihre Themen einzubringen.
- Gestaltet diskriminierungskritische Bildung und schützt euch so gegen menschenfeindliche Ideologien.
- Bietet pädagogische Angebote im Bereich der Mädchen*- und Jungen*arbeit sowie in der queeren Arbeit an und schafft Raum für z.B. geschlechtsbezogene Identitätsfragen.
- Gestaltet eure eigenen Angebote diskriminierungs- und geschlechtersensibel.
- Informiert über Fake News, Dogwhistling (rechte, rassistische oder antisemitische Codes) und rechte Symbole, um sie zu erkennen.
- Richtet Schutzkonzepte intersektional und diskriminierungssensibel aus, entwickelt Awareness-Konzepte und etabliert Beschwerdestrukturen.
- Schafft sicherere Räume (Safer Spaces), z.B. für BIPOC* und FLINTA*.
- Entwickelt gemeinsame Haltungen und Werte und vertrittet diese nach außen (z.B. könnt ihr Regeln, Haltungen auf Website oder Social Media veröffentlichen).
- Legt Gruppen- und Veranstaltungsregeln sowie Konsequenzen bei Nichtbeachtung fest, z.B. in Form eines Code of Conduct.
- Handelt als positive Vorbilder – lebt eine respektvolle und diskriminierungssensible Haltung vor!

Intervention

- Kontextualisiert diskriminierende und rechte Aussagen.
- Klärt Falschaussagen auf, stellt sie richtig und ordnet Online-Quellen kritisch ein.
- Entwickelt als Leitungsteam gemeinsame Handlungsoptionen, setzt sie um und reflektiert sie anschließend gemeinsam.
- Weist auf Regeln hin und setzt bei Regelbruch die entsprechenden Konsequenzen um (z. B. Abbruch der Teilnahme an einer Veranstaltung).
- Sucht das Gespräch, nutzt die Beziehungsebene als Zugang und problematisiert rechtsextreme Positionen, ohne den Menschen zu beschämen.
- Identifiziert rechtsextreme Medien und Lifestyle-Elemente und treibt die inhaltliche Auseinandersetzung damit voran.
- Schützt Betroffene und erkennt Diskriminierungserfahrungen an.
- Erhältet und schützt sicherere Räume z. B. durch Awareness-Konzepte.
- Nehmt bei Bedarf Unterstützung durch Fachberatungsstellen in Anspruch.



Was bedeutet FLINTA*?

Das Akronym FLINTA* steht für Frauen und Lesben sowie inter*, nicht-binäre, trans* und agender Personen. Der Asterisk (*) steht für alle Personen, die sich nicht mit den inkludierten Labels identifizieren, aber auch nicht cis-männlich sind. FLINTA* ist ein Überbegriff für alle Personengruppen, die aufgrund ihres Geschlechts gesellschaftlich benachteiligt sind.



Der Umgang mit rechtsoffenen Verbandsmitgliedern kann herausfordernd sein und gerade ehrenamtliche Jugendleiter:innen überfordern. Zur Unterstützung in diesen Situationen gibt es verschiedene Fachberatungsstellen für pädagogische Fachkräfte, also auch für Jugendleiter:innen. Im Padlet gibt es dafür einen eigenen Reiter, in dem wir Fachberatungsstellen hinterlegt haben.

Hier kannst du notieren, welche Beratungsstellen es in deiner Umgebung gibt.

28

Umgang mit gefestigt rechten Verbandsmitgliedern

Viele Jugendverbände betonen in ihren Grundsätzen ihre Offenheit für alle jungen Menschen. Das stößt an Grenzen, wenn sich im Verband z.B. Menschen, die von Rassismus betroffen sein können, nicht mehr sicher fühlen können. Oder wenn queere Menschen das Gefühl haben, sich im Verband verstecken zu müssen. Daher bedeutet Offenheit auch, dass sich ein Verband offen gegenüber jungen Menschen unterschiedlicher (familiärer) Herkunft, geschlechtlicher Identität, sexueller Orientierung, religiöser oder weltanschaulicher Überzeugung und Behinderungen zeigt. Dies widerspricht einer Offenheit für junge Menschen und Ehrenamtliche mit extrem rechten Überzeugungen oder aktiver Ablehnung von Minderheiten. Daher treffen viele Jugendverbände Vorsorge dagegen, dass gefestigt rechte Mitglieder Einfluss gewinnen. Mehr dazu folgt [ab Seite 32](#).



Dieser Leitfaden unterscheidet zwischen dem Umgang mit rechtsoffenen Verbandsmitgliedern und mit gefestigt rechten Verbandsmitgliedern. Die Einordnung von Personen in eine dieser Gruppen ist meist nicht einfach und selten eindeutig. Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin unterscheidet in ihrer Arbeitshilfe „Jugendarbeit gegen Rechtsextremismus“ (2016) vier Typen:

1. Sympathisant:innen

- Rechtsorientiertes Weltbild mit Stereotypen, Vorurteilen und einzelnen Slogans aus der rechtsextremen Szene
- Teile des passiven Medienkonsums sind rechtsextreme Inhalte
- Bewegen sich in gemischt und in rechtsextrem-orientierten sozialen Gruppen, aber nehmen nicht an politischen Aktivitäten teil
- Offenes Diskussionsverhalten

2. Mitläufer:innen

- Rechtsorientiertes Weltbild
- Rechtsextreme Parolen und Ideologeelemente, aber nicht auf alle Lebensbereiche angewandt
- Konsumieren rechtsextreme Medien und identifizieren sich äußerlich wahrnehmbar (z.B. über Kleidung, Buttons usw.)
- Eingebunden in rechtsextreme Zusammenhänge und Erlebniswelten, mit Teilnahme an Aktivitäten und vereinzelt politischen Aktionen
- Eher offenes Diskussionsverhalten und Suche nach Orientierung

3. Aktivist:innen

- Geschlossen rechtsextremes Weltbild
- Rechtsextreme Argumentationen und Ideologie verbinden sich mit Gewaltbereitschaft
- Sind Teil rechtsextremer Strukturen, überregional vernetzt und nehmen regelmäßig aktiv an Veranstaltungen wie z.B. Schulungen teil
- Großteil des Soziallebens in der rechtsextremen Szene
- Strategisch-taktisches Diskussionsverhalten

4. Kader

- Geschlossenes, vollständig rechtsextremes Weltbild
- Gefestigte, in sich (fast) widerspruchsfreie ideologische Argumentationen
- Langjährige Sozialisation und Karriere in rechtsextremen Strukturen mit überregionaler Vernetzung, z.B. als Funktionär:in oder Führungskraft
- Bewegen sich (fast) ausschließlich in rechtsextremen Zusammenhängen
- Strategisch-taktisches Diskussionsverhalten und geschulte Argumentationen

Aus Jugendverbandssicht können Sympathisant:innen so weit wie möglich weiter pädagogisch betreut und so positiv beeinflusst werden. Hinweise dazu findest du im vorherigen Abschnitt. Bei Mitläufer:innen ist die Frage nach dem Umgang komplexer und hängt von vielen individuellen Faktoren ab. Einige Gründe, die für oder gegen die weitere Einbindung von rechten Mitläufer:innen in die Aktivitäten eures Verbandes sprechen können:



Ihr könnt Gegenangebote für Orientierung, Identität und Gemeinschaft machen.



Ein noch offenes Diskussionsverhalten gibt euch die Möglichkeit zur argumentativen Beeinflussung.



Durch die Anbindung an euren Jugendverband könnt ihr der Person den Zugang zu einem nicht-rechten Sozialleben bieten.



Das Weltbild ist noch nicht gefestigt rechts, sondern die Person ist noch offen für gegenläufige Informationen und für an demokratischen Werten orientierte Argumente.



Die Person hat keine Leitungsfunktion und hat daher einen geringeren negativen Einfluss auf andere.



Es besteht die Gefahr der Weitergabe rechten Gedankenguts im Jugendverband durch rechte Aussagen und Handlungen.



Es gibt das Risiko für diskriminierende Vorfälle und damit könnte ein Widerspruch zum Schutzauftrag des Verbandes gegenüber strukturell marginalisierten Mitgliedern entstehen.



Fehlende personelle Kapazitäten und Qualifikationen können verhindern, dass ein angemessener Umgang mit der Person möglich ist.



Rechte Mitläufer:innen, die als Jugendleiter:innen Verantwortung übernehmen, können ihre Vorbildfunktion nicht erfüllen.

Pädagogische Arbeit mit ideologisch gefestigten rechts-extremen Personen ist nicht möglich und das Engagement solcher Personen im Jugendverband kann eine Strategie rechter Einflussnahme sein. Das bedeutet: Für Personen vom Typ „Aktivist:in“ oder „Kader“ ist in Jugendverbänden kein Platz. Die Umgangsstrategien mit gefestigt rechten Verbandsmitgliedern fokussieren sich daher vor allem auf die Frage, wie die Mitgliedschaft von Personen verhindert oder beendet werden kann.

(Nicht-)Aufnahme von rechten Personen

Wenn es darum geht, wie ihr euch vor Einflussnahme durch rechte oder rechtsoffene (potenzielle) Mitglieder schützen könnt, dann ist eure Satzung ein guter Ansatzpunkt. Vielleicht findet sich in eurem Vereins- oder Verbandszweck oder an anderer Stelle schon eine Formulierung, die euch ermöglicht, solche Mitglieder nicht aufzunehmen oder auszuschließen. In vielen Satzungen fehlt bisher eine solche Regelung.



Grundsätzlich könnt ihr als Verein oder Verband über die Aufnahme von Mitgliedern selbst entscheiden. Die Mitgliedschaft muss in der Satzung geregelt sein – hier könnt ihr Veränderungen vornehmen und beispielsweise ein notwendiges Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung einbauen oder eine Übereinstimmung mit den Zielen oder Werten des Vereins oder Verbands verlangen, die dann aber möglichst an anderer Stelle in der Satzung erwähnt werden sollten. Oft ist der Vorstand für die Aufnahme neuer Mitglieder zuständig. Diese kann ggf. auch ohne Begründung abgelehnt werden. Denn ihr seid nicht zur Aufnahme bestimmter Mitglieder oder aller Interessierten verpflichtet.



Tipps für die Praxis

Wenn ihr ein eingetragener Verein oder eine Verbandsgruppe mit eigener Satzung seid, könnt ihr eure Satzung selbst ändern:

- Ihr könnt euch auf die Menschenrechte und die freiheitlich-demokratische Grundordnung berufen.
- Ihr könnt eine Formulierung in die Satzung aufnehmen, dass der Verein sich allen menschenverachtenden Einstellungen entgegenstellt.
- Ihr könnt in der Satzung klarstellen, dass ihr Personen, die rechtsextreme und rassistische Haltungen vertreten, keine Mitgliedschaft anbietet.
- Ihr könnt die Aufnahme in den Verein an die Zustimmung des Vorstands binden, um eine weitere Möglichkeit zur Überprüfung von Personen zu haben.
- Ihr könnt in die Satzung einbauen, dass nur Personen Mitglied werden können, die die Vereinsziele unterstützen und keine rassistischen und diskriminierenden Positionen vertreten.
- Ihr könnt die Offenheit für Menschen verschiedener Herkunft, Religion oder sexueller Orientierung in die Satzung aufnehmen.

Ausschluss von Mitgliedern

In der Satzung sollte auch geregelt sein, wie Mitglieder, die sich rassistisch oder diskriminierend verhalten, aus dem Verein oder Verband ausgeschlossen werden können. Denn ein Ausschluss ist deutlich schwieriger als eine Nicht-Aufnahme als Mitglied. Wenn dies nicht in der Satzung anders geregelt ist, ist ein Ausschluss nur bei grob vereinsschädigendem Verhalten möglich, das bei allgemeinen politischen Äußerungen – und seien sie noch so rassistisch – oft schwer nachzuweisen ist. Daher empfiehlt sich eine ausdrückliche Satzungsregelung zum Ausschluss:



Tipp für die Praxis

Beispielformulierung für Satzungen:

Mitglieder, die wiederholt gegen die Satzung verstoßen, durch ihr Verhalten das Ansehen des Vereins schädigen oder eine mit dem Vereinszweck unvereinbare Gesinnung offenbaren, werden aus dem Verein ausgeschlossen. Soll ein Mitglied aus dem Verein ausgeschlossen werden, ist ihm Gelegenheit zu einer Stellungnahme zu geben.

Wenn ihr es in der Satzung nicht anders geregelt habt, ist die Mitgliederversammlung zuständig für einen möglichen Ausschluss – ihr könnt die Verantwortung in der Satzung aber auch dem Vorstand zuweisen.



Tipps für die Praxis

Wenn ihr aufgrund eurer Zugehörigkeit zu einem über-regionalen oder Erwachsenenverband die Satzung nicht selbst ändern könnt, aber nicht so lange warten wollt, bis dort etwas passiert, habt ihr auch andere Möglichkeiten:

- Ihr könnt ein Leitbild oder eigene verbandliche Grundsätze verabschieden.
- Verantwortliche im Verband müssen eine Selbstverpflichtung unterzeichnen.
- Ihr weist neue Verantwortliche im Verband auf ihre Rechte und Pflichten hin.
- Ihr stellt durch Beschlüsse und Positionierungen und durch eure öffentlichen Auftritte auf der Website und auf Social Media eure Haltung klar.

Die Regelungen zur Mitgliedschaft sind in Jugendverbänden und Vereinen sehr unterschiedlich geregelt. Auch die zuständige Ebene kann von der Orts- bis zur Bundesebene variieren. Verschafft euch daher zunächst einen Überblick über eure Handlungsmöglichkeiten und die formalen Zuständigkeiten. Und denkt daran, dass auszuschließende Mitglieder in der Regel einen Anspruch auf rechtliches Gehör haben. Ihr müsst also ein auszuschließendes Mitglied anhören, damit es ggf. Gegenargumente vorbringen oder mögliche Falschbehauptungen eurerseits widerlegen kann.





Beispiel aus der Praxis

„Die DLRG-Jugend schließt eine Zusammenarbeit mit Organisationen, Parteien und deren Funktionsträger*innen aus, die gänzlich oder in Teilen menschenfeindliche und extremistische oder verfassungsfeindliche Positionen vertreten. Diese Akteur*innen sind mit der DLRG-Jugend unvereinbar („unvereinbare Organisationen“). Daraus folgt die Unvereinbarkeit einer aktiven Tätigkeit in der DLRG-Jugend mit der aktiven Rolle in einer solchen unvereinbaren Organisation. Das gilt insbesondere, wenn eine Person zugleich Ämter und Mandate in einer solchen unvereinbaren Organisation wahrnimmt. Die Gliederungen sind gehalten in solchen Fällen die Tätigkeit dieser Person in der DLRG-Jugend umgehend zu beenden. Die Landesverbände werden aufgefordert bei der Umsetzung aktiv mitzuwirken.“

(Beschllossene Änderung der Ordnung der DLRG-Jugend, 2025)

Einige Verbände haben auch sogenannte Ausschlussordnungen, also Zusatzdokumente zu ihren Satzungen, die genau regeln, aus welchen Gründen und nach welchen Verfahren Personen aus dem Verband ausgeschlossen werden. Ein Beispiel dafür ist die Ausschlussordnung der Deutschen Pfadfinder*innenschaft Sankt Georg:



Beispiel aus der Praxis

„Der Ausschluss aus der DPSG kann erfolgen, [...]

c. wenn ein Mitglied grob oder wiederholt gegen die Ordnung, die Satzung oder Beschlüsse des Verbandes oder seiner Untergliederungen verstößt. Dies ist insbesondere der Fall bei Verletzungen der Prinzipien politischer, gesellschaftlicher, geschlechtlicher, kultureller und religiöser Toleranz [...]

d. im Falle der Mitgliedschaft oder Mitarbeit in einer Organisation, Partei oder Vereinigung, die die in Buchstabe c) genannten Prinzipien oder die freiheitlich-demokratische Grundordnung gefährden oder gegen diese verstoßen“

Umgang mit Wähler:innen rechter Parteien im eigenen Verband

Oft begegnen euch Verharmlosungen von rechten Sprüchen oder rechtem Wahlverhalten: „Ich habe doch nur rechts gewählt, um es denen da oben mal richtig zu zeigen.“ oder „Ich habe gar nichts gegen Ausländer, aber es kommen einfach zu viele Geflüchtete.“ Völlig unabhängig davon, ob diese Aussagen auf die Person zutreffen oder nur die eigene Haltung verstecken sollen: Rechte Parteien haben ein Menschenbild, das nicht dem Grundgesetz entspricht. Sie wenden sich gegen Minderheiten und eine Gleichberechtigung aller in Deutschland lebenden Menschen. In den meisten Jugendverbänden widersprechen die Haltungen und Positionen rechter Parteien zudem den eigenen Grundsätzen, Beschlüssen oder Satzungsbestimmungen.

Eine Verharmlosung rechten Wahlverhaltens als Protestwählen ohne klare politische Richtung wäre gleichzeitig eine Verharmlosung der menschenfeindlichen Positionen der gewählten Parteien. Inzwischen weiß jede Person, die rechte Parteien wählt, was sie tut, und kennt ihre menschenfeindlichen Positionen.

Daher könnt ihr Wähler:innen rechter Parteien verdeutlichen, dass sie gegen die Interessen und Grundsätze eures Vereins oder Verbandes handeln, auch wenn dies nicht zwingend einen Ausschluss rechtfertigt oder sinnvoll erscheinen lässt.



Unvereinbarkeitsbeschluss mit der Mitgliedschaft oder Mitwirkung in rechten Parteien



Beispiel aus der Praxis

Der Verband christlicher Pfadfinder*innen (VCP) begründet seinen Unvereinbarkeitsbeschluss mit der Mitgliedschaft in einer rechtsextremen Partei oder ihrer Jugendorganisation mit den politischen Forderungen, Zielen und Werten sowie konkreten Aussagen von deren Spitzenvertreter:innen. Neben dieser negativen Abgrenzung erläutert der Verband aber auch seine positive inhaltliche Ausrichtung:

- Pfadfinden ist ein Ort non-formaler Bildung. Dazu gehört auch politische Bildung.
- Pfadfinden bietet vielfältigen Raum selbstbestimmt und weitestgehend frei von Zwängen oder Abhängigkeiten zu diskutieren, nachzudenken und eigene Meinungen zu bilden.
- Pfadfinden prägt den eigenen Umgang mit politischen und gesellschaftlichen Themen, macht diskursfähig und fördert die konstruktive Auseinandersetzung.
- Pfadfinden vermittelt Haltung und lebt dies konsequent im Bezug auf unsere Gemeinschaft und unsere Werte vor.

Einzelne aktive Mitglieder einer rechten Partei wollen bei euch Verantwortung übernehmen

Es kann sein, dass einzelne als Mitglieder einer rechten Partei bekannte Personen sich bei euch im Verein oder Verband engagieren möchten. Was spricht dagegen?

- Euer Verein kann selbst als rechts wahrgenommen werden, wenn bei euch rechte Parteimitglieder engagiert sind. Euch können Meinungsäußerungen eines Mitglieds einer rechten Partei zugeordnet werden.
- Mitglieder, die von Rassismus oder Queerfeindlichkeit betroffen sein können, fühlen sich bei euch nicht mehr wohl und sicher.
- Das Mitglied einer rechten Partei kann versuchen, Verantwortung zu übernehmen oder sich sogar mit der Wahrnehmung bestimmter Aufgaben unentbehrlich zu machen. Es kann dann diese Stellung nutzen, um seine politische Haltung im Verein zu verbreiten.



„Das ist doch eine Einschränkung der Meinungsfreiheit!“



Dieses Argument kann euch schnell begegnen, wenn ihr Verantwortlichen im Verband sagt, dass ihre Haltung nicht in den Verband oder zu den verbandlichen Grundwerten passt. Richtig ist aber: Zwar darf jede Person ihre Meinung sagen, aber sie muss dann auch mit den Folgen leben. Und eine mögliche Folge könnte sein, dass der Verband oder Verein die Person nicht mehr für pädagogische oder verbandliche Aufgaben einsetzen möchte, z.B. um junge Menschen vor einer diskriminierenden oder menschenverachtenden Haltung zu schützen. Damit kommt der Verband seiner gesellschaftlichen und pädagogischen Verantwortung und dem Schutzauftrag gegenüber jungen Menschen nach und muss dafür ggf. den Vorwurf der Einschränkung der Meinungsfreiheit ertragen oder ihm mit diesen Argumenten begegnen. Zudem ist es verharmlosend, diskriminierende oder rassistische Äußerungen als Meinung zu bezeichnen, wenn sie Menschen abwerten.

Kommunikationstipps gegen rechte Sprüche

Rechte und menschenfeindliche Äußerungen können überall vorkommen – auf der Straße, im Internet, in der Schule oder eben auch im eigenen Verband. Solche Aussagen verletzen nicht nur Menschen, sondern greifen auch unsere gemeinsamen demokratischen Werte an. Deshalb ist es wichtig, sie nicht unkommentiert stehen zu lassen – gleichzeitig ist es aber auch wichtig auf die eigene Sicherheit und persönliche Grenzen zu achten. Denn nicht jedes Gespräch lässt sich gewinnen und nicht jede Situation ist für eine Diskussion geeignet.

Deshalb hier einige Tipps, wie ihr Haltung und Solidarität zeigen und gleichzeitig achtsam mit euch selbst umgehen könnt:



Die Tipps sind zum einen angelehnt an einen Spiegel-Artikel von Anne Otto (2019, vgl. www.spiegel.de/karriere/wie-sie-rechtspopulistische-phrasen-kontern-a-1285071.html) und zum anderen an die Broschüre „Widersprechen und sich positionieren. Gesprächsstrategien gegen rechte und diskriminierende Aussagen“ der Rosa Luxemburg Stiftung (Hg.), Bienz Hammer, Nadja Kaiser und Melani Klarić (2024).

TIPP

1

Jede Reaktion ist besser als keine

Rechte Aussagen sollen auf keinen Fall unkommentiert bleiben. Eine klare Haltung und Solidarität mit Betroffenen sind wichtig. Überlege dir im Vorfeld, wie du reagieren möchtest: Im persönlichen Gespräch unter vier Augen? Mit einem klaren öffentlichen Statement oder indem du andere ermutigst, ebenfalls Stellung zu beziehen? Es gibt verschiedene Arten, auf solche Aussagen zu reagieren, und du kannst entscheiden, welche situationsabhängig passt.

TIPP 2

Eigene Grenzen wahren

Philipp Steffan, Autor zweier Bücher zum Umgang mit Rechtspopulismus im Alltag, empfiehlt, Gespräche in kleinem Rahmen zu führen – am besten zu zweit. Der Grund: So lassen sich Menschen besser erreichen. Das gilt jedoch nur, wenn du dich dabei auch wohlfühlst. Wenn du merkst, dass du dich allein unsicher fühlst, ist es sinnvoll, jemanden zur Unterstützung für das Gespräch dazuzuholen.

TIPP 3

„Radikal höflich“ aber bestimmt!

„Radikal höflich“ meint, dass wir respektvoll bleiben und unser Gegenüber als Menschen wertschätzen. In der Sache jedoch bleiben wir konsequent und radikal. Paulina Fröhlich empfiehlt dazu:

- Ruhig und sachlich bleiben
- Nachfragen und Hinterfragen
- Kritik höflich formulieren
- Klare Grenzen setzen

TIPP 4

Fragen stellen und Beispiele einfordern

Fragen können entlarvend wirken: „Was meinst du genau damit?“, „Woher hast du diese Information?“ oder „Hast du ein konkretes Beispiel?“ – Durch solche Fragen zeigt sich oft, dass Aussagen pauschal oder unbegründet gefallen sind. Dadurch beginnt dein Gegenüber zu reflektieren. Außerdem verschafft das Nachfragen etwas Zeit, um selbst z.B. über Gegenargumente nachzudenken.

TIPP 5

Widersprechen – auch mit klaren Gegenargumenten

Neben dem Nachfragen kann es auch sinnvoll sein, Menschen, die rechte Thesen vertreten, mit inhaltlichen Gegenargumenten entgegenzutreten. Wenn euch mal kein Gegenargument auf Anhieb einfällt, genügt schon ein deutliches Signal, wie z.B. „Das sehe ich ganz anders – und das möchte ich so nicht einfach stehen lassen!“. Das kann auch helfen, Personen mit gefestigt rechtem Weltbild daran zu hindern, dieses ausführlicher auszubreiten.

TIPP 6

Positive Leitbilder und Visionen einbringen

Anstatt nur Kritik zu üben, kann es auch sehr stark wirken, positive Werte und solidarische Vorstellungen zu benennen. Du kannst zeigen, wofür du stehst und was dir wichtig ist!

TIPP 7

Das Gespräch beobachten

Wie schon in der Einleitung beschrieben, kann jedes Gespräch und jede Situation sehr unterschiedlich sein. Es ist also wichtig, den Gesprächsverlauf zu beobachten und abzusätzen, mit wem ihr gerade sprecht.

- Wenn dein **Gegenüber eher verunsichert** wirkt, kannst du ein ausführliches Gespräch mit vielen Fragen führen und Kontroversen ruhig und bestimmt diskutieren.
- Bei einem **provokativen Gegenüber** ist es sinnvoll zu versuchen, bei einem Thema zu bleiben, um Themenhopping zu unterbinden, oder bestimmt das Gespräch zu beenden.
- Bei **menschenfeindlichen Äußerungen**, die sich im Gespräch wiederholen, ist eine inhaltliche Diskussion oft nicht mehr möglich. Auch hier kannst du das Gespräch bestimmt beenden, indem du ganz klar ein Stoppsignal setzt.

Unterwanderung oder Einflussnahme durch rechte Gruppen

Jugendverbände unterscheiden sich in ihrer thematischen Ausrichtung, ihrem Auftreten, wie unterschiedlich ihre Mitglieder sind, wie stark politisch sie sich verstehen und wie präsent die Werte im Verbandsleben sind. Diese Unterschiede haben zur Folge, dass manche Jugendverbände eher Gefahr laufen, von rechten Personen oder Gruppen unterwandert zu werden als andere. So können Rechte gut an Themen und Aktivitäten anknüpfen wie Outdoor, regionale Brauchtumpflege, christliche Religiosität, Natur- und Umweltschutz oder an solche, bei denen es vor allem aufs Anpacken ankommt. Auch Aktivitäten, die sich gut als „Dienst an der Nation“ deuten lassen oder bei denen Gemeinschaft, Kameradschaftlichkeit oder Männlichkeit im Vordergrund stehen – manchmal auch noch ergänzt durch einheitliche Kleidung – wirken attraktiv auf Rechte.



Denn einerseits können sie sich in solchen Zusammenhängen besser als „normale“, umgängliche und freundliche Personen darstellen und sich in Verbänden verwurzeln. Dass sie damit nicht dem Klischee des „bösen Rechten“ entsprechen, begünstigt, dass ihre problematischen Aussagen weniger schnell als Teil eines rechten Weltbildes erkannt und eher verharmlost werden. Andererseits bieten ihnen die genannten Themen und Aktivitäten die Möglichkeit, sich in nicht-rechten Umfeldern wertekonform zu betätigen, und gleichzeitig ihre ideologischen Überzeugungen einfließen zu lassen. Das kann z.B. der autoritäre Grundsatz sein, dass einzelne sich den Interessen der Gemeinschaft unterzuordnen haben, sich in ihren Dienst stellen und sich für sie aufopfern müssen. Dieser ergibt sich im rechten Denken aus dem Glauben an angeblich von Natur aus existierende „Völker“ und dem naturgegebenen Platz von einzelnen in der Gesellschaft.

In Verbänden und Vereinen, in denen vielfältige Milieus und politische Orientierungen vertreten sind, kann es für Rechte lohnenswert erscheinen, gezielt Kontakte zu einzelnen für sie möglicherweise ansprechbaren Personen und Gruppen aufzubauen. Dies kann unter dem Vorwand erfolgen, sie im Verband zu stärken, ein gemeinsames Thema voranzutreiben oder sie in ihrem Unwohlsein mit politischen Beschlüssen und Positionen ihres Verbandes zu unterstützen.

Nicht selten kommt es vor, dass auf Instagram offenkundig extrem rechte Wandergruppierungen entweder dem Profil der Deutschen Wanderjugend oder anderer DWJ-Strukturen folgen oder selbst das Wort „Wanderjugend“ in ihrer Selbstbezeichnung tragen. Beides kann von außen den Eindruck einer ideellen Verbindung erwecken, die keinesfalls besteht. Unser Umgang kann hier leider nur situativ-reaktiver Natur sein, das heißt: Follower entfernen und im Zweifel das Profil melden. Präventiv ist allein der Begriff „Deutsche Wanderjugend“ markenrechtlich geschützt. Die Nutzung der Bezeichnung „Wanderjugend“ hingegen können wir nicht einschränken. Es bleibt uns daher nur ein aufmerksames Beobachten unserer Social-Media-Kanäle und das sofortige Reagieren bei Versuchen der Assoziation von extrem rechts.

Wiebke Zimmermann von der Deutschen Wanderjugend



Die Kontaktaufnahme kann in Alltagskontexten (auch online) erfolgen, sie kann offen oder getarnt erfolgen, sie kann sympathisch und vermeintlich verständnisvoll daherkommen – und daher nicht gleich als rechte Unterwanderung erkannt werden.



Weitere Einfallstore für rechte Unterwanderungsversuche bieten sowohl eine möglicherweise unterbesetzte Ehrenamtsstruktur als auch der Mangel an ehrenamtlichem Nachwuchs. So können rechte Personen oder Gruppen ein Machtvakuum ausnutzen, das durch nicht besetzte Ämter entsteht, während sich Verbände darüber freuen, neue Ehrenamtliche rekrutieren zu können. Dass sie dann als Vorstand noch Zugang zu ungenutzten Geldern und Räumlichkeiten haben, macht die Unterwanderung attraktiver. An dieser Stelle scheint es hilfreich zu sein, wenn höhere Verbandsebenen die Nachwuchssituation, Ämterbesetzung und den Umgang mit Ressourcen vor Ort im Blick behalten, um nötigenfalls intervenieren, unterstützen oder gegensteuern zu können.

In helfenden Organisationen kann bei der Interessensbekundung von Rechts zur Mitwirkung oder Unterstützung zunächst die Motivation zu helfen in den Vordergrund gestellt werden. Da helfende Organisationen häufig ihre Neutralität und Offenheit in den Vordergrund stellen, sind sie für Interessierte von Rechts zunächst leicht zugänglich. Allerdings sind alle helfenden Verbände auf Ehrenamtliche angewiesen, die bereit sind, unterschiedslos allen Menschen unabhängig von Herkunft, Religion, Geschlecht, sexueller Orientierung und sozialem Status gleichermaßen zu helfen. Hier können zumindest Zweifel angebracht sein, ob Menschen mit rechten Haltungen dazu wirklich konsequent und dauerhaft bereit sind.

Wenig anziehend ist es für Rechte, wenn Verbände regelmäßig auf allen Ebenen ihre Werte kommunizieren und verdeutlichen, dass diese im Widerspruch zu rechten Ideen stehen und dass der Verband z.B. für Antirassismus und Engagement gegen Rechts sowie für Menschenrechte, für queere Rechte und Teilhabe und Zugang für alle steht. Wenn eine solche Haltung auch in das Selbstverständnis der Mitglieder übergeht, wird es für Rechte sehr viel schwerer, Anknüpfungspunkte für eine Unterwanderung zu finden, selbst wenn eure Formate und Themen sie vielleicht ansprechen.

Da Zweifel über die Haltungen von (potenziellen) Mitgliedern ggf. nicht völlig ausgeräumt werden (können), arbeiten

verschiedene Verbände oder ihre Untergliederungen beispielsweise mit Ehrenamtsvereinbarungen. In diesen ist die Haltung des Trägers bezüglich der Gleichwertigkeit aller Menschen ebenso festgehalten wie Aussagen zur Inklusion und zur Prävention sexualisierter Gewalt. Die Unterzeichnung ist zwar keine Garantie für ein einwandfreies und verantwortungsvolles Handeln von Ehrenamtlichen. Sie macht aber die Haltung und die Erwartung des Verbandes noch einmal schriftlich klar und verlangt von der interessierten Person ein schriftliches Bekenntnis.

Mögliche Beispiele für Unterwanderung könnten sein:



- Ein Pfadfinderstamm im Ort hat ein Haus, nutzt dieses aber aufgrund fehlender ehrenamtlicher Aktiver kaum. Ein lokaler Rechtsextremer wird Mitglied und kandidiert als Vorstand, um das Haus für die rechte Szene nutzbar zu machen.
- An einer Schule mit normalisierter Rechtsoffenheit unter den Schüler:innen gründen eine Gruppe rechtsorientierter Jugendlicher und ein sympathisierender Lehrer eine Jugendrotkreuzgruppe.
- Ein Sportverein tut sich schwer, Vorstandsmitglieder zur Aufrechterhaltung der Vereinsarbeit zu gewinnen. Eine kleine Gruppe rechter Mitglieder wittert ihre Chance, eine Person aus ihren Reihen zur Vorsitzenden zu wählen und somit als Minderheit in eine Machtposition zu kommen, um so den Umgang miteinander im Verein nachhaltig zu verändern und Diversität zu bekämpfen.
- Die Mitglieder einer rechten katholischen Burschenschaft streben mehr kommunalpolitischen Einfluss an. Dafür engagieren sie sich im Bund der Deutschen Katholischen Jugend. Eine Person kandidiert als stimmberechtigter Vertreter des BDKJ im Jugendhilfeausschuss der Stadt und wird – ohne Gegenkandidat:in – in diese verantwortungsvolle und aufwändige Funktion gewählt. Aus dieser heraus kann er nun die Jugendpolitik der Stadt beeinflussen.

Umgang mit parteiförmigem Rechtsextremismus

Parteien, die beispielsweise vom Verfassungsschutz als „gesichert rechtsextrem“ oder als „rechtsextremer Verdachtsfall“ geführt werden, können dennoch das Ziel verfolgen, in die Gesellschaft hineinzuwirken und unter dem Anschein ihrer Normalisierung versuchen, Kontakt zu zivilgesellschaftlichen Organisationen aufzunehmen. Auch hier können beispielweise helfende Jugendverbände und ihre Erwachsenen-Organisationen aus rechter Sicht als eher unideologisch und daher besser erreichbar wahrgenommen werden. Organisationen, die Kluft oder Uniformen tragen, können ebenfalls aus rechter Perspektive als leichter zugänglich oder strategisch interessanter wahrgenommen werden, da dort eher Gleichgesinnte vermutet werden. Diese müssen daher eher mit einer direkten Kontaktaufnahme rechnen als etwa (schon in der Eigenbeschreibung) klar „links“ oder „antifaschistisch“ positionierte Verbände und/oder (post)migrantische Verbände.



In diesem Zusammenhang kann die Solidarität der Jugendverbände auf eine besondere Probe gestellt werden. Andere Jugendverbände müssen sich darauf verlassen können, dass keiner der Verbände – beispielsweise für einen kurzfristigen Vorteil oder eine Spende – in eine Zusammenarbeit mit rechten Verbänden einsteigt. Einzelne Jugendverbände, die gezielt angegriffen werden, müssen sich zudem auf eine Solidarität innerhalb der Jugendringe und übrigen Jugendverbände verlassen können. Im Einzelfall kann es eine Herausforderung für einen eher konservativen Jugendverband sein, Solidarität mit einem linken Jugendverband zu üben, mit dem es politisch wenig Gemeinsamkeiten gibt. Dennoch ist die Solidarität aller Jugendverbände ein hohes Gut und ein wichtiger Baustein in der Abgrenzung gegen rechte Unterwanderung und Angriffe.

Es kann passieren, dass sich rechte Parteien (ggf. sogar explizit auf ihrer Website) positiv auf einzelne Jugendverbände beziehen, um sie so von ihnen kritisierten Jugendverbänden als vermeintlich positives Beispiele gegenüberzustellen. Ein solches Gegeneinander-Ausspielen nützt niemandem, weder den gelobten Jugendverbänden, denn es handelt sich um Lob an der falschen Stelle, noch den angegriffenen Jugendverbänden. Auch hier gilt es, Distanz zu wahren und sich nicht mit einer vermeintlich positiven Erwähnung zu brüsten.



Wenn ihr zu Demonstrationen oder Veranstaltungen gegen rechte Parteien aufruft, prüft zuvor, dass die Organisator:innen oder zentrale Träger:innen der Gegenveranstaltung nicht zu Gewalt aufrufen oder nicht den Boden der freiheitlichen demokratischen Grundordnung verlassen, da euch sonst möglicherweise Eskalationen auf der Gegenveranstaltung auch zugerechnet werden können. Gleichzeitig könnt ihr euch ggf. dagegen verwahren, für jedes Plakat, das auf einer Gegenveranstaltung hochgehalten wird, oder für jede Äußerung, die auf einer Kundgebung fällt, in Mithaftung genommen zu werden. Hinter dem Aufruf zu einer derartigen Versammlung solltet ihr allerdings stehen können. Die Teilnahme an einer Demonstration ist aber oft auch Personen möglich, die andere Ziele verfolgen oder andere Aktionsformen anwenden als die Veranstalter:innen dies wünschen. Deren Verhalten und deren Äußerungen können dann nicht euch zugerechnet werden.

Parlamentarische Anfragen

Ein wichtiger Baustein der Strategien rechtsextremer Parteien ist die Nutzung der besonderen parlamentarischen Auskunfts-, Informations- und Fragerechte für Angriffe auf politische Gegner:innen. Diese Fragen können sich zunächst sachlich formuliert auf die Mittelausstattung von und die Mittelvergabe an Träger beziehen oder gezielt nach einzelnen Maßnahmen mit möglicherweise aus rechtsextremer Sicht unpassendem oder nicht neutralen Titel richten. Dabei kann schon die Verwendung von Begriffen wie Vielfalt oder Diversität oder auch das Gendern von Veranstaltungstiteln

oder in der Zielgruppenansprache ein Einstiegstor sein. Ebenso können einzelne Jugendverbände aber auch unmittelbar angegriffen werden, ihre (in der Tat weder vorhandene noch notwendige oder gar wünschenswerte) Neutralität hinterfragt oder ihre Positionen verächtlich oder lächerlich gemacht werden. Regelmäßig nutzt etwa die AfD diese Vorwände, um die Förderung und Gemeinnützigkeit von Verbänden öffentlich in Frage zu stellen.

Die Nutzung dieser Instrumente steht zwar allen demokratisch gewählten Parteien zu, unabhängig davon, ob sie selbst auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und der Menschenrechte stehen. Sie dient allerdings deutlich dem Zweck, nicht nur die betroffenen Verbände einzuschüchtern, sondern auch Behörden zu einem vorsichtigeren oder skeptischeren Umgang mit so angegriffenen Trägern zu veranlassen.

Für Jugendverbände empfiehlt es sich, einen guten Kontakt zu den Ansprechpersonen in den Bewilligungsbehörden und Entscheidungsgremien zu pflegen. Dann kann der Umgang mit derartigen Anfragen im besten Fall gemeinsam angegangen werden oder die Antwortenden können motiviert werden, beispielsweise der Eigenständigkeit der Jugendverbandsarbeit und die auch staatlicherseits gewollte unterschiedliche Ausrichtung verschiedener Jugendverbände in den Antworten besonders hervorzuheben. Auch sollten sie die Antwortenden grundsätzlich bei der Beantwortung der Fragen unterstützen, auch wenn die Inhalte oft nervig sind und zunächst innere Widerstände hervorrufen. Dabei sollten allerdings nur solche Informationen oder Einschätzungen weitergegeben werden, die dem Verband nicht noch zusätzlich schaden könnten.

Spenden und Unterstützungsangebote von Rechts

Möglicherweise bietet euch eine rechte Partei vor Ort finanzielle oder tatkräftige Unterstützung an, z.B. bei der Renovierung eines Vereinsheims. Selbst wenn sie dafür zunächst keine Gegenleistung verlangt, solltet ihr euch bewusst

machen, dass sie derartige Aktivitäten für ihre Öffentlichkeitsarbeit und auf Social Media gut nutzen kann – und ihr dann mit der rechten Partei in Verbindung gebracht werden. Vielleicht leistet ihr damit sogar einen Beitrag zu ihrer Normalisierung oder Verharmlosung vor Ort und verliert dadurch andere Unterstützer:innen oder eigene Mitglieder. Derartige Angebote können Teil einer breiter angelegten Strategie sein, denn:

Die AfD möchte vor Ort Teil der Zivilgesellschaft werden.

Der Bundesvorstand der AfD hat im August 2019 das Strategiepapier „Die AfD auf dem Weg zur Volkspartei“ beschlossen, in dem es u.a. heißt:

„Bei den Vereinen und Verbänden bieten sich solche zur Ansprache durch die AfD an, die Traditionen pflegen, die beim linksliberalen Milieu auf wenig Sympathie stoßen. Hierzu gehören zum Beispiel Jäger, Schützenvereine, Sportschützen, oder auch Angehörige religiöser, in erster Linie christlicher Minderheiten sowie Brauchtumspfleger.“

Aber auch Gewerkschaften, Berufsverbände und Nachbarschafts-Vereinigungen werden erwähnt, denn die Strategie ist eindeutig:

„Ähnlich wie es der 68er Bewegung um den ‚Marsch durch die Institutionen‘ ging, muss es auch der AfD um den ‚Marsch durch die Organisationen‘ gehen.“

Die Unterwanderung der Zivilgesellschaft – insbesondere von eher bürgerlich-konservativen oder breit aufgestellten Organisationen wie Sportvereinen oder Gewerkschaften – gehört also zur Strategie der AfD.



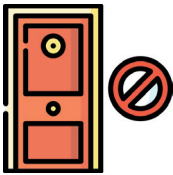
Beispiel aus der Praxis

„Die DLRG-Jugend kooperiert nicht mit unvereinbaren Organisationen. Die DLRG-Jugend lädt keine Vertreter*innen von unvereinbarten Organisationen zu Veranstaltungen ein.“

(Beslossene Änderung der Ordnung der DLRG-Jugend, 2025)

Veranstaltungen

In der Vergangenheit haben sich rechte Parteien oder einzelne Vertreter:innen aus diesem Spektrum häufiger beschwert, wenn sie – beispielsweise im Vorfeld von Wahlen – nicht zu Veranstaltungen eingeladen wurden oder ihren Vertreter:innen beispielsweise der Zugang zu (öffentlich geförderten) Veranstaltungen untersagt wurde. Daher sind folgende Hinweise wichtig:



- Ihr habt als Veranstaltende das Hausrecht (auf Grundlage des Versammlungsgesetzes) und dürft selbst entscheiden, wen ihr einladet.
- Eine Nicht-Einladung einer rechten Partei kann mit dem Schutz von Menschen begründet werden, die von Rassismus und Queerfeindlichkeit betroffen sein können.
- Die politische Meinungsvielfalt kann auch ohne Beteiligung einer rechten Partei deutlich werden.



- Es gibt keinen Anspruch, dass ihr alle Parteien gleich behandeln müsst. Ihr dürft nur nicht ausschließlich eine Partei fördern oder unterstützen. Die klare Ablehnung einer Partei, die ganz andere Ziele verfolgt als euer Verein, ist hingegen zulässig.
- Durch die Formulierung im Hausrecht könnt ihr potenzielle Störer:innen ausschließen.
- Ihr könnt schon in der Anmeldung zu einer Veranstaltung eine Ausschlussklausel für Personen mit rechten, rassistischen etc. Haltungen einfügen.

*Vereinzelt nehmen Personen an unseren Veranstaltungen teil, die Themen wie Natur- und Gemeinschaftserfahrungen oder die Pflege kultureller Überlieferungen – Bräuche, Trachten, Tänze – aus einem extrem rechten Weltbild heraus deuten und daran anknüpfen wollen. Gerade bei solchen Inhalten setzen wir auf eine klare kritische Einordnung im Sinne unseres Bekenntnisses zu demokratischen Werten. Kommt es zu konkreten Vorfällen, grenzen wir uns entschieden von extrem rechten Deutungsversuchen ab – sowohl in unseren Aussagen als auch durch den konsequenten Ausschluss entsprechender Akteur*innen mithilfe unseres Hausrechts.*

Wiebke Zimmermann von der Deutschen Wanderjugend



Tipp für die Praxis

Eine mögliche Formulierung für das Hausrecht aus der Broschüre des Anne Frank Zentrums (2012) „Position beziehen gegen Rechtsextremismus. Wie Sie Ihre Veranstaltung vor Vereinnahmung schützen können“ lautet:

„Ausgeschlossen von der Veranstaltung sind Personen, die rechtsextremen Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind. Die Veranstaltenden behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und diesen Personen den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder von dieser zu verweisen.“



Rechten Parteien (k)eine Bühne bieten

Ihr müsst sehr genau abwägen, ob ihr einer rechten Partei eine Bühne für ihre menschenverachtenden Positionen geben wollt. Die Strategie, Vertreter:innen rechter Parteien auf der Veranstaltung argumentativ zu stellen, ist oft nicht aufgegangen. Denn manchmal ist eine rechtspopulistische Position leichter und publikumswirksamer darzustellen als eine differenzierte Problemanalyse.



Grundsätzlich keine Zusammenarbeit mit rechten Parteien!

Ihr könnt klarstellen, dass ihr grundsätzlich nicht mit rechten Parteien zusammenarbeitet, da sie nicht auf dem Boden des Grundgesetzes agieren und wichtige Grundrechte in Frage stellen. Dann braucht ihr nicht jedes Mal eine neue Begründung zu entwickeln, sondern habt die Frage abschließend geklärt. Ein solcher Beschluss kann euch auch davon abhalten, eine einzelne Position rechter Parteien zu teilen oder ein einzelnes Unterstützungsangebot einer rechten Partei anzunehmen, das auf den ersten Blick verlockend wirkt.



Überlegt, mit wem ihr in Verbindung gebracht werden wollt!

Natürlich bedeutet die einmalige oder anlassbezogene Zusammenarbeit mit einer Kirchengemeinde nicht, dass ihr nicht mehr offen für alle Religionen oder auch für Atheist:innen seid. Natürlich bedeutet die einmalige Einladung einer Partei nicht, dass ihr sie politisch unterstützt und euch (nur) mit ihr identifiziert. Bei einer offensichtlich rechten Partei oder Initiative habt ihr es jedoch mit potenziellen Partner:innen zu tun, die demokratiefeindliche, rassistische oder diskriminierende Ziele verfolgen – das kann auch negativ auf euer Image abfärben.

Es können Situationen entstehen, in denen eine Zusammenarbeit mit einer rechten Partei unvermeidlich ist, da sonst das Fortbestehen der Jugendarbeit gefährdet wäre. Das kann z.B. der Fall sein, wenn eine rechte Partei den Vorsitz im Jugendhilfeausschuss einnimmt und die Jugenddezernentin stellt. Dennoch kann die rechte Partei dann natürlich weiterhin inhaltlich kritisiert werden, wenn sie beispielsweise gegen die Interessen junger Menschen agiert und menschenfeindliche oder antidemokratische Positionen vertritt.

Reflexionsfragen für deine Verbandsgruppe

Um euch systematisch auf Situationen vorzubereiten, in denen ihr mit rechten Parteien und ihren Vertreter:innen konfrontiert seid, könnt ihr euch folgende Reflexionsfragen stellen:

- In welchen Kontexten habt ihr generell Berührungspunkte mit Parteien und ihren Vertreter:innen oder arbeitet sogar mit ihnen zusammen? Welche Rolle spielen dabei rechte Parteien?
- In welchen Situationen könnt ihr Kontakte mit rechten Parteien und ihren Vertreter:innen nicht vermeiden? Wie geht ihr mit diesen Situationen um?
- Welche Mittel habt ihr zur Verfügung, um rechte Parteien und ihre Vertreter:innen von euren Veranstaltungen und Aktivitäten auszuschließen? Welche davon nutzt ihr schon?
- Gibt es demokratische Beschlüsse eures Verbandes oder von Verbandsstrukturen, in denen ihr eure Haltung festgehalten habt? Welche Vorgaben könnt ihr daraus herleiten? Gibt es Ergänzungsbedarf?
- Inwiefern ist eure Ablehnung der Zusammenarbeit mit rechten Parteien und ihren Mitgliedern öffentlich einsehbar oder erkennbar?
- Wie begründet ihr den Umgang mit rechten Parteien und ihren Vertreter:innen in der jeweiligen Situation? Rechte Parteien werden euch in jedem Fall undemokratisches Verhalten vorwerfen. Es gehört zu ihrer Strategie, sich als Opfer zu inszenieren. Richtet eure Begründung deshalb an nicht-rechte Beteiligte und ggf. die Öffentlichkeit. So gebt ihr auch anderen Menschen Argumente an die Hand.

Angriffe rechter Personen und Gruppen auf Jugendverbände

Jugendverbände können von rechten Gruppen oder Einzelpersonen sehr konkret durch die Brandstiftung in einem Jugendheim oder Schmierereien auf den Fenstern ihrer Geschäftsstelle angegriffen werden. Sie können aber auch politisch, über die Sozialen Medien oder durch Anträge in demokratischen Gremien angegriffen werden, u.a. weil ...



- ... sie ihre politische Haltung in Beschlüssen zum Ausdruck bringen und dabei eine andere Position als eine rechtsextreme Partei beziehen oder die Partei ausdrücklich kritisieren
- ... ihr Unvereinbarkeitsbeschluss mit einer rechten Partei kritisiert wird
- ... sie eine rechtsextreme Partei nicht zu einer Veranstaltung im Vorfeld einer Wahl eingeladen hat
- ... sie von der Wahl einer rechtsextremen Partei abraten
- ... sie in Bündnissen für Demokratie und Vielfalt mitarbeiten, die eine rechtsextreme Partei kritisieren

Es empfiehlt sich zunächst Ruhe zu bewahren und die Kritik gründlich zu analysieren. Nicht immer ist es notwendig, direkt zu reagieren. Nicht immer ist es sinnvoll, die rechtsextreme Partei oder die agierende Person direkt anzusprechen oder gar zu kontaktieren.

- Richtet sich eine rechte Partei oder eine rechte Einzelperson an die allgemeine Öffentlichkeit, kann es besser sein, nicht direkt zu reagieren, sondern einfach in der eigenen Öffentlichkeitsarbeit auf die gute Arbeit und die eigenen Erfolge hinzuweisen. Ebenso kann es sinnvoll sein, einen Angriff zu skandalisieren, indem die Argumente sachlich, verständlich und nachvollziehbar



entkräftet und das Vorgehen als gegen Demokratie und Vielfalt gerichtete Strategie entlarvt wird. Auch eine humorvolle oder polemische Reaktion kann sinnvoll sein, um Aufmerksamkeit für die Gegenposition zu erzeugen – sie sollte dann aber mit Fakten und Hintergründen unterlegt sein, um auch Menschen zu erreichen, die zu ihrer Meinungsbildung noch nach Wissen und Orientierung suchen.

- Richtet sich eine rechte Partei oder eine Einzelperson an Fördernde, kann es sinnvoll sein, diesen Argumentationsmaterial, Fakten und Unterlagen für eine Reaktion zur Verfügung zu stellen. Zusätzlich kann es sinnvoll sein, Fördernde auf die eigenen Freiheiten und Gestaltungsmöglichkeiten in der Arbeit hinzuweisen, denn auch Jugendverbände und andere Vereine sind Grundrechtsträger.
- Richtet sich eine rechte Partei beispielsweise mit ihrer Kritik an einem Jugendverband innerhalb des Parteienstreits vor allem an andere politische Parteien, z. B. weil diese in Regierungsverantwortung stehen, kann es sinnvoll sein, diese proaktiv über die Kritik und die Angriffe zu informieren und mit Gegenargumenten auszustatten, damit die Angriffe gar nicht erst verfangen.
- Richtet sich die Kritik gegen einzelne Personen oder Verantwortliche eines Verbandes, können Solidaritätserklärungen sowohl aus dem eigenen Verband als auch darüber hinaus sinnvoll sein.
- Richtet sich die Kritik auf Social Media gegen den Verband oder Verantwortliche des Verbandes, kann über die Meldung von Beiträgen bei den Netzbetreibern mit dem Ziel der Löschung nachgedacht werden – dies ist allerdings häufig nicht erfolgreich. Auch hier sind aber die Erläuterung der eigenen Grundsätze und Haltungen, die Gegenargumentation, die Darstellung eigener Erfolge und Aktivitäten oder die juristische Gegenwehr mögliche weitere Strategien.

Enthält die Äußerung einer rechtsextremen Partei allerdings Falschdarstellungen und Lügen, so sind ggf. auch rechtliche Schritte zu prüfen. Das solltet ihr vor allem dann tun, wenn dem angegriffenen Jugendverband oder Träger ein Schaden droht. Wenn die Angriffe so weitreichend sind, dass ein Imageschaden und die weitere Verbreitung von Unwahrheiten möglichst eingegrenzt werden sollte, kann eine juristische Aufarbeitung angemessen sein.

Neben Verbänden als ganzen können auch Einzelpersonen in Leitungsverantwortung oder andere exponierte Verbandsvertreter:innen angegriffen werden. Oft geraten besonders Frauen, BIPOC* oder queere Personen in Bedrängnis, werden bedroht oder bloßgestellt, geoutet oder lächerlich gemacht. Hier ist die persönliche Solidarität von Vorstandskolleg:innen ebenso wichtig wie eine öffentliche Solidarisierung des Verbandes. Bei Bedrohungen oder kampagnenartigen Angriffen könnt ihr Organisationen wie HateAid oder Rechtsanwält:innen hinzuziehen, um über Gegenmaßnahmen zu beraten.

Im Vorfeld von Veranstaltungen, bei denen ihr mit tätlichen Angriffen, einer Bedrohung von Mitgliedern oder anderen Interventionen politischer Gegner:innen rechnen müsst, sind ggf. besondere Schutzvorkehrungen im Vorfeld notwendig. Es empfiehlt sich auch, ein eigenes Sicherheitskonzept für die Veranstaltung zu erarbeiten und dann umzusetzen.



Beispiel aus der Praxis

Bei einem öffentlichen Straßenfest werden Mitglieder eines Jugendverbandes körperlich angegriffen, weil sie eine Regenbogenfahne an ihrem Stand hängen haben. Daraufhin wird der Vorfall öffentlich gemacht und der Jugendverband erhält viele Solidaritätsbekundungen von anderen Verbänden, womit sie deutlich machen „Wir sind mehr“.

Besonders wichtig angesichts der rechten Bedrohungen sind die Solidarität und der Zusammenhalt in der Zivilgesellschaft. Den Rechten muss deutlich gemacht werden, dass ihnen die Stadt nicht überlassen wird und die demokratische Stadtgesellschaft extrem rechten Übergriffen entschlossen entgegentritt.

Joschka Fröschner, Verein Opferperspektive e.V.



Und jetzt? Seid ihr gefragt!

Wir hoffen, dass euch dieser Leitfaden ermutigt, euch klar gegen Rechts zu positionieren, auch wenn es euch möglicherweise angreifbar macht. Es braucht Haltung, um die Schwächeren in unserer Gesellschaft zu schützen. Es braucht Mut, um unsere Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit zu verteidigen. Und es braucht auch vor Ort Menschen, Gruppen und Vereine, die sich für die Menschen- und Grundrechte sowie für die Menschenwürde einsetzen.



In diesem Leitfaden und den verlinkten Materialien findet ihr Argumentationshilfen, um eure Position gegen Rechts zu untermauern, sie als fachliche Reaktion eines Jugendhelfetragers, der verantwortliche Arbeit für junge Menschen gestaltet, oder als grundgesetzlich und demokratisch geboten darzustellen. Dies hilft euch ggf. auch in der Argumentation gegenüber Verwaltungen, staatlichen Stellen und weiteren Akteur:innen, die euch ggf. ein vermeintliches Neutralitätsgebot aufzwingen wollen.

Dieser Leitfaden erscheint in einer Reihe mit der Überschrift „Rassismuskritische Öffnung“. Wenn Menschen, die von Rassismus und Antisemitismus bedroht sind, sich bei euch sicher, aufgehoben und zugehörig fühlen sollen, ist eine Abgrenzung nach rechts eine wichtige Voraussetzung. Hinzu kommen positive Signale und Unterstützung benachteiligter Gruppen innerhalb eures Verbandes.

Wir wünschen euch viel Erfolg und stehen euch gern für Beratungen, Erfahrungsberichte oder Nachfragen zur Verfügung.

Zum Weiterlesen: Padlet auf der IDA-Website

Da dieser Leitfaden nicht aktualisiert wird, wir euch aber über neue Materialien gern auch nach seinem Erscheinen auf dem Laufenden halten möch-



ten, haben wir ein Padlet unter www.idaev.de/themen/rassismuskritische-oeffnung eingerichtet. Es wird regelmäßig aktualisiert. Auch du kannst dort Materialien und hilfreiche Ressourcen verlinken, die es z.B. in deinem Verband schon gibt. Wenn du Unterstützung beim Nutzen oder Befüllen des Padlet brauchst, dann schreib uns an info@idaev.de.

Wenn du Lust auf mehr hast und dich noch tiefer mit den Themen der Leitfadensreihe beschäftigen möchtest, schau auf der IDA-Website (www.idaev.de) vorbei. Im Themenbereich „Rassismuskritische Öffnung“ findest du u.a. zwei IDA-Reader zu diesem Thema, ein Erklärvideo und den IDA-Selbstcheck. Darüber hinaus bietet IDA dir viele weitere Handreichungen und Infoflyer zum kostenlosen Download an. Im IDA-Glossar kannst du Erklärtexte zu vielen Fachbegriffen nachlesen.

Quellen

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V. (AdB)/Deutscher Bundesjugendring e.V. (DBJR) (Hg.) (2025): Mythos Neutralitätsgebot. Eine Handreichung, Berlin, www.dbjr.de/fileadmin/PDFtmp/Handreichung-Neutralitaet-DBJR-AdB-2024.pdf

Anne Frank Zentrum (Hg.) (2012): Position beziehen gegen Rechtsextremismus. Wie Sie Ihre Veranstaltungen vor Vereinnahmung schützen können, www.annefrank.de/fileadmin/Redaktion/Bildungsarbeit/Dokumente/Kriegskinder/Kriegskinder_Position_beziehen_gegen_Rechtsextremismus.pdf

Arbeiter-Samariter-Jugend Deutschland (2022): Leitbild, Jugendordnung, Satzung, www.asj.de/download_file/force/4457064a-a83f-49e4-86d8-3325703f1b48/578

DLRG-Jugend (2022): Ordnung der DLRG-Jugend, Bundesebene, https://dlrg-jugend.de/fileadmin/user_upload/DLRG-Jugend/user_upload/dlrg-jugend/service/Downloads/3101_Ordnung-Website_221011.pdf

Deutsche Pfadfinderschaft Sankt Georg (2023): Ordnung der deutschen Pfadfinderschaft Sankt Georg, https://dpsg.de/sites/default/files/2023-06/20230423_ordnung_neu-digital.pdf

Deutsche Pfadfinderschaft Sankt Georg (2024): Satzung der Deutschen Pfadfinderschaft Sankt Georg. Ausschlussordnung (AO), https://dpsg.de/sites/default/files/2024-05/05_satzung_der_dpsg_-_anhang_-_ausschlussordnung_mai_2024.pdf

Jugend des deutschen Alpenvereins (2024): JDAV Positionspapier: Nie wieder ist jetzt – Klare Haltung für Menschenrechte und Demokratie, www.jdav.de/files/2024-jdav-position-nie-wieder-ist-jetzt.pdf

Landesjugendring Hamburg/Deutscher Bundesjugendring (Hg.) (2025): Haltung statt Neutralität – Zum Umgang mit rechtsextremen Anfeindungen der Jugendverbandsarbeit, punctum 1/2025, Sonderheft, www.dbjr.de/fileadmin/Publikationen/2025/punktum.1-25_web.pdf

Pfeiffer, Thomas (2017): Menschenverachtung mit Unterhaltungswert, in: Pfeiffer, Thomas/Glaser Stefan (Hg.): Erlebniswelt Rechtsextremismus: modern – subversiv – hasserfüllt. Hintergründe und Methoden für die Praxis der Prävention, 5. akt. Aufl., Frankfurt am Main: Wochenschau Verlag, 41–64.

Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.), Bienz Hammer, Nadja Kaiser und Melani Klarić (2024): Widersprechen und sich positionieren. Gesprächsstrategien gegen rechte und diskriminierende Aussagen, www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publikationen/Brosch._A6_Rechtspopulismus_5.Auflage_web.pdf

Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken (2011): Unser Selbstverständnis, www.wir-falken.de/de/e/dct/4729/download

SPIEGEL.de, Anne Otto (2019): Wie Sie rechtspopulistische Phrasen kontern (Artikel vom 22.09.2019), www.spiegel.de/karriere/wie-sie-rechtspopulistische-phrasen-kontern-a-1285071.html

THW-Jugend e.V. (2024): 39. Beschluss der Satzung der THW-Jugend e.V., https://thw-jugend.de/wp-content/uploads/Bundessatzung_2024-05.pdf

Verein für die Demokratische Kultur in Berlin e.V. (VDK) und Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR) (Hg.) (2016): Jugendarbeit gegen Rechtsextremismus. Integrierte Handlungsstrategien zur Rechtsextremismusprävention und -intervention bei Jugendlichen, www.mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2021/02/MBR_HR_Jugendarbeit_2016_web.pdf

Platz für deine Notizen

[illegible]

[illegible]